

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannsch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlstr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 981. Pränumerando jährlicher Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 erst. Bestellgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insetionsgebühr: die sechsgepunktete Zeile 15 Pf., außerdem 25 Pf., im Restamtzeit 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 991

Nr. 95.

Magdeburg, Mittwoch den 24. April 1907.

18. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten

## Rumänische Ordnungsgrenel.

Die europäische Presse, die jede geringe Unannehmlichkeit, die den Pächtern und Gutsbesitzern während des rumänischen Bauernaufstands zugefügt wurde, in größter Ausführlichkeit und sorgfältigster Ausführung der Details gemeldet hat, ist in teilnahmsloses Schweigen versunken, als die Militärgewalt die Bewegung unterdrückt hatte und das Opferfest der Rache anhub. Und doch sind hierbei Taten geschehen, die zum Himmel schreien, Blut ist geflossen, Blut und wieder Blut, so daß diese entsetzlichen Massaker der Soldateska die Greuel der Revolte völlig in Schatten stellen.

Erst hintennach und allmählich kommt zutage, wie in der Verborgenheit der rumänischen Dörfer die Ordnung gerettet wurde. Das rumänische Tagesblatt „Adeverul“ hat sich — etwas verspätet, im allgemeinen Schweigen dennoch mit anerkennenswerter Mühe — zum Herold der traurigen Wahrheit gemacht.

Wir wollen hier einzelnes aus den Schilderungen des Blattes wiedergeben. Doch ist es vielleicht nicht unnützlich, vorauszusetzen, daß in Rumänien die Todesstrafe seit 1864 abgeschafft ist und daß auch das Standrecht von der Kammer nur votiert wurde, weil der Ministerpräsident den Abgeordneten privatim versprochen hatte, es sei bloß als Schreckmittel gemeint und werde nicht angewendet werden.

Massenmord der vom Pächter bezeichneten.

Und nun lese man, was der Ingenieur Constantinescu im „Adeverul“ schreibt. Ihm ist der eigne Vater, ein Mann von 82 Jahren, ermordet worden — zugleich mit andern Bauern des Dorfes Wiaschu. Wiaschu ist eines der wenigen reichen Dörfer Rumäniens. Fast alle Bauern haben genügend Boden und lebten selbst während der Revolte in gutem Einvernehmen mit dem Pächter Vintilescu und in diesem Dorfe fanden keine Unruhen statt.

Eines Tages kamen jedoch aus den benachbarten Dörfern etwa sechzig junge, gestellungspflichtige Burken, die in den Hauptort des Kreises zogen, setzten drei Getreidemagazine des Pächters in Brand und wollten auch dessen Gehöft anzünden. Inzwischen sammelten sich die Bauern des Dorfes und warfen die Eindringlinge zurück. Drei Tage später zog ein Infanteriezug durch das Dorf, bemerkte die noch rauchenden Magazine und ging sofort zum Pächter, der sich beklagte, daß die Einwohner des Dorfes die Brandstiftung begangen hätten; er gab dem Hauptmann eine Liste mit den reichsten Bewohnern des Dorfes, die er der Tat beschuldigte. Einige, die wirklich mitgetan hatten, zeigte er nicht an, weil von ihnen nichts zu nehmen und zu haben war.

Als die Bauern von dem Vorgehen des Pächters hörten, flüchteten sie in den benachbarten Wald und nur einige ehrwürdige Greise blieben in ihren Dörfern. Der Hauptmann ließ ihnen sagen, sie sollen ins Gemeindehaus kommen, er habe den Auftrag, ihnen das Regierungsmanifest vorzulesen. Dort wurden sofort diejenigen, deren Namen sich auf der Liste befanden, festgenommen und gefesselt. Darunter befand sich der zwei und achtzigjährige Vater des Ingenieurs Constantinescu und sein jüngster dreizehnjähriger Sohn, der mit dem greisen Vater zurückgeblieben war. Beide hatten nicht der geringsten Anteil an der Brandstiftung genommen.

Der Greis Constantinescu jagte dem Hauptmann, er sei der angesehenste Mann der Gemeinde, er sei 11 Jahre Lehrer, dann Gemeinderat, Primar, Gemeinderichter gewesen, er habe einen Sohn, den er in Bukarest und Paris habe studieren lassen und der jetzt Eisenbahningenieur sei, er besitze einen eignen Boden, wie könne man ihm die Schande tun, ihn gleich einem Räuber zu fesseln. Der Hauptmann antwortete: „Du hast gut lügen und schwätzen. Halt das Maul, sonst kriegst Du noch Prügel.“ Dann wurden alle in den Hauptort Patulele geführt, wo sich ein Oberst mit einem Infanterieregiment befand.

Vor dem Obersten wollte sich der Greis wieder verteidigen; der Oberst ging auf ihn los und verfestete ihm einige Faustschläge in die Nase und brüllte ihn an: „Schweig, Du alter Hund, ich werde Dir zeigen, wie man Brandstiftet.“

Ein Zug wurde geholt, um die Gefesselten zu erschleppen. Schon kam ein Beamter des Pächters Vintilescu und bat für den Greis um Gnade; der Oberst wollte sie gewärtig sein. Der alte Mann bat aber, man möge an seiner Stelle seinen sechzehnjährigen Sohn schonen. Dieser wurde dann entlassen, mußte aber aufpassen,

wie sein Vater und die andern acht Bauern erschossen wurden. Es wurde dreimal Feuer kommandiert, dann ging der Oberst und gab jedem Gefallenen noch einen Revolvererschuss in den Kopf. Der Burke nahm die Flucht über die Felder und war eine Woche lang wie irrsinnig.

### Die Bauern erkaufen beim Pächter ihr Leben.

Am nächsten Tage ging der Pächter wieder nach Patulele, kam mit einem Zuge Husaren nach Wiaschu zurück und griff acht Bauern auf, die er niederschleichen ließ. Einen Tag später wurden andre vier Bauern erschossen. Von diesen zwanzig Erschossenen hatten bloß drei an der Brandstiftung teilgenommen.

Einer der Zügelten wurde aus dem Spital geholt, wo er krank lag, und erschossen. Wie gesagt, nur drei von ihnen waren schuldig; die andern wurden angezeigt, weil sie nicht im Wirtschaftshaus des Pächters verkehrten oder nicht in seiner Mühle mahlen oder bei ihm nicht arbeiten wollten usw.

Durch diese Exekutionen wurde ein fürchterlicher Schrecken im Dorfe hervorgerufen. Die meisten Bauern, die in diesem Dorfe wohlhabend waren, bezahlten dem Pächter große Summen, um von den Proskriptionslisten gelöscht zu werden. Ingenieur Constantinescu gibt die Namen derer an, die Summen von 400 bis 1600 Frank gezahlt haben. Außerdem verlangte der Pächter von jedem Familienhaupt 46 Frank oder eine „Chile“ Mais, sonst würde das Dorf durch Kanonen zerstört werden. Da alle benachbarten Dörfer tatsächlich durch Kanonen zerstört worden waren, hielten die Bauern die Drohung für begründet und sammelten in 24 Stunden 4000 Frank, die sie dem Pächter gaben. Wer kein Pferd hatte, gab eine Kuh, einen Ochsen, ein Pferd. Wer das auch nicht hatte, verpflichtete sich, unentgeltlich als Knecht beim Pächter zu dienen.

Schließlich mußten die Bauern einen Kontrakt schließen, wo sie ihre Schuld bekannten und sich verpflichteten, während 5 Jahren je 85 Frank für jede Familie ihm als Entschädigung zu zahlen. Dazu mußten sie noch dem Pächter öffentlich danken, daß er das Dorf vor der Beschädigung durch Geschütze rettete.

### Die Offiziere erschließen nach Willkür.

Gleichfalls im „Adeverul“ veröffentlicht der konservative Deputierte Radulescu einen Brief, in dem er folgendes erzählt:

Den ersten Anstoß zur Revolte in dem Bezirk Mehedintzi hat der Präsekt gegeben, indem er den Verwalter des jüdischen Pächters Sabetau vor fünfshundert Bauern ohrfeigte. Das Friedenswerk ging so vor sich. In Corcova wurden der Priester und der Gemeindefretär arretiert, dann aber entlassen, da man ihnen keine Schuld nachweisen konnte. Als sie ins Dorf zurückkehrten, wurden sie vom Offizier erschossen. Im Dorfe Meusifata, wo keine Unruhen waren, traf ein Offizier fünf Einwohner, die über die Unruhen sprachen. Alle wurden arretiert und erschossen. In Timna haben sich einige Bauern selbst ergeben; sie wurden erschossen.

Schanderhafte Dinge kamen im Dorfe Garla vor. Die Offiziere setzten dort ein Feldgericht ein, das aus zwei griechischen Wirten, zwei Hühnern des Pächters und fünf reichen Bauern zusammengesetzt war und das über den Tod der Angezeigten zu entscheiden hatte. So wurde der neugewählte Primar (Bürgermeister) erschossen, weil er einer andern Partei angehörte, und 15 Bauern. In Patulele wurden 20 Bauern, in Cioboreni der Primar Georgescu, in Podu Grosului der Pfarrer und viele Bauern erschossen.

### Die Ermordung eines freigelassenen Pächters.

Dann kommen die Ermordungen des Advokaten Ruptureanu. Dieser hatte einen Bruder, der Gemeindefretär in Corcova war. Dort hatte er keine Unruhen gegeben. Der Pfarrer dieses Dorfes, Marader Popescu, wurde arretiert, dann freigelassen. Man gab ihm fünfzig Manische der Regierung zur Verteilung. Er zeugnis, daß er unschuldig befunden worden, und schickte ihn ins Dorf zurück.

Schon war er da angekommen, wurde er vom Leutnant Regreanu mit sechs Soldaten und zwei Gendarmen eingeholt, der ihm, dem Gemeindefretär und dem Kommandanten der Garnison Marader den Befehl erteilte, in die Bezirkshauptstadt zu kommen. Sie flüchten in drei Wagen. Wie sie über das Dorf hinaus waren, ließ der Leut-

nant halten und die drei Arretierten erschließen. Der Pfarrer starb sofort, die andern zwei blieben am Wege liegen und die militärischen Banditen fuhren fort. Die zwei Verwundeten schleppten sich ins Dorf.

Am nächsten Tage ging ein Major im Dorfe vorüber und schickte die beiden ins Spital, wo Ruptureanu noch am selben Tage starb und Maracine ein Arm amputiert werden mußte.

### Auch in ruhig gebliebenen Dörfern wird geschossen.

Der Advokat Ruptureanu veröffentlicht einen Brief, den sein ermordeter Bruder ihm einen Tag vor dem Tode schrieb und in welchem dieser sich beklagt, daß er in einem Dorfe „von wilden Tieren, Barbaren und Räubern“ leben muß, als Beweis, daß sein Bruder keinen Anteil hatte.

Außerdem veröffentlicht der „Adeverul“ eine offizielle Adresse der Gemeinde Timna an die Redaktion, um eine Nachricht zu dementieren, daß in dieser Gemeinde Unruhen gewesen seien. Die Adresse schließt mit diesen Worten: „Damit Sie aber wissen, in der Gemeinde Podu-Gros (eine Nachbargemeinde. Anm. d. Red.) wurden der Pfarrer Ion Podocanu und der Sekretär Basilian erschossen, die vom Primar Marcu Popescu als Führer angezeigt wurden.“

Der „Adeverul“ verspricht weitere Enthüllungen. Als Kommentar dazu ist ein Leitartikel des Chefredakteurs der Zeitung, Konst. Wille, unter dem Titel: „In welchem Lande leben wir?“, der so anfängt: „Ich muß gestehen, daß das was um mich vorgeht, mir Sinn und Verstand raubt. Empören kann ich mich seit langem nicht mehr. Wollte ich protestieren, so weiß ich, es wäre umsonst, denn niemand würde mich anhören. Griffe ich zur Tat, so würde mir niemand folgen. . . . Ist denn Rumänien das afrikanische Kongo, sind denn die rumänischen Bauern für uns so fremd wie die wilden Stämme der Südarabien, daß hier wieder geknallt wird „was vorkommt“? Diese Fragen ziehen in Sturm durch meinen Kopf, und ich spreche hier aus, was übermächtig meine Gefühle bewegt. Doch ich erfülle meine Pflicht ohne jede Hoffnung, ohne jede Illusion, verzweifelt über das was ich sehe und verzagend über meine Ohnmacht, die ganze Natur fluchend, daß sie mir Augen gab zum Sehen. . .“

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 23. April 1907.

### Nieder mit dem Privateigentum!

In der Botschaft, mit welcher die preussische Regierung den Landtag eröffnete, war auch eine Vorlage zum Schutze des Deutschtums in den östlichen Provinzen angekündigt worden. Nun nähert sich die Session des Landtages ihrem Ende, und von der angekündigten Vorlage ist nichts zu bemerken. Sie wird erst im nächsten Herbst eingebracht werden; es ist noch völlig ungewiß, was ihr Inhalt sein wird.

Es ist kein Geheimnis, was mit dieser Vorlage ursprünglich beabsichtigt war, und es ist ebensovienig ein Geheimnis, warum sie solange auf sich warten läßt. Nachdem die bisherigen Versuche, das Polentum mit Gewalt zurückzuführen, gescheitert sind, gibt es logischerweise nur zwei Möglichkeiten, nämlich entweder mit den Polen Frieden zu machen und ihnen das Recht nationaler Existenz zuzubilligen, oder aber das Maß der Gewalt zu verdoppeln und zu verdreifachen. England wäre in solchen Zweifeln wohl den ersten Weg gegangen, für Preußen, wie es heute noch ist, ist der zweite der naturgemäße und selbstverständliche. Das angekündigte Gesetz sollte nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als eine Proklamatio zur Zwangsenteignung der polnischen Grundbesitzer.

Schon jetzt ist das Ansiedlungsrecht der Polen in den zu Preußen gehörenden Teilen der ehemaligen Adelsrepublik durch ein scheinrechtliches, doch verfassungswidriges System der Schikane beschränkt. Der Pole darf wohl Grundbesitz erwerben, muß aber darauf gefaßt sein, daß ihm die Errichtung von Ansiedlungen (Wohngebäuden, Ställen usw.) als dem Zweck des Ansiedlungsgesetzes widersprechend untersagt wird. Nun sollte der beschrittene Weg zu Ende gegangen und dem Staate die gesetzliche Befugnis zugesprochen werden, Polen zwangsweise gegen Entschädigung zu enteignen, um auf ihrem Grunde Deutsche anzusiedeln. Jetzt aber stellt sich heraus, daß es leichter ist, derartige Gesetzentwürfe in verhüllter Form anzukündigen als sie einzubringen und durchzuführen. Die preussische Regierung ist bedenklich geworden und bittet um Zeit zur Ueberlegung.

Die radikalsten Scharmacher der freikonserbativen Fraktion sehen durch solches Schwanken und Zögern die berühmte Staatsautorität gefährdet, und darum haben sie am Montag im Abgeordnetenhause eine Resolution eingebracht, worin der Regierung über das Ausbleiben der Polenvorlage das Bedauern des Hauses ausgesprochen wird. Über selbst die Freikonserbativen — und das ist das Kennzeichnende an der gegenwärtigen Situation — wollen die Sache nicht aus dem Saal lassen. Die Grundzüge, die sie der Regierung für das geforderte neue Polengesetz empfehlen, führen zwar in ihren Folgerungen zur Expropriation, vermeiden es aber ängstlich, den Grundsatz der Zwangsenteignung offen auszusprechen. Neben organisatorischen Veränderungen wird verlangt, daß die deutsche Ansiedlung „kräftiger und laubboller“ in die Hand zu nehmen und der Sanderwerb der Ansiedlungskommission so einzurichten sei, daß eine ungesunde Preissteigerung vermieden wird.

Die ganze Praxis der Ansiedlungskommission und ihrer polnischen Gegenorganisation hat aber naturgemäß zu einer „ungesunden Preissteigerung“ geführt und jeder Sandbreit Boden weit über ihren landwirtschaftlichen Nutzungswert einen gewissen nationalen Viehhäbervert verliehen — zur großen Freude deutscher wie polnischer Agrarier. Soll dieser ungesunden Preissteigerung Einhalt geboten werden, so muß entweder das Wettrennen um den Boden aufhören, oder aber die durch steigende Nachfrage bedingte Preissteigerung muß durch das Gewaltmittel der Zwangsenteignung aufgehalten werden.

Aber auch aus der Rede des Begründers des freikonserbativen Antrags, des alten Scharmachers Kardorff, konnte man nichts davon heraushören, daß das, was hier eigentlich beabsichtigt wird, eine förmliche Revolutionierung des agrarischen Ostens bedeutet, die ihrer Mittel wegen von der Sozialdemokratie bekämpft werden muß, in ihren materiellen und moralischen Wirkungen aber ihr nur höchst willkommen sein könnte.

Einweilen freilich will es scheinen, als ob es mit diesem königlich preussischen Umsturz der Eigentums-Ordnung keine gute Weile haben sollte. Wenn es inzwischen den Anschein gewinnt, als ob es das preussische Parlament mit der Polenvorlage eiliger hätte als selbst die Regierung, so darf nicht vergessen werden, daß diese angebliche Volksvertretung eben keine Volksvertretung ist. Diese Kammer ist ein Produkt des Belagerungszustandes, das Gesetz, auf dem sie beruht, ist ein Ausnahmegesetz, das sich gegen sechs Millionen erwachsener preussischer Staatsbürger richtet — kein Wunder, wenn sie selbst für Ausnahmegesetze schwärmt! —

Ueber die Montagssitzung des preussischen Dreiklassenhauses, in der dem Privateigentum der Krieg erklärt wurde, erhalten wir von unserem parlamentarischen Bureau noch folgende kritische Inhaltsangabe:

Zunächst wurde der in die Kommission zurückverwiesene Teil des Justizgesetzes erledigt, der sich auf die Gehälter der Gerichtspräsidenten und Amtsanwälte bezieht. Das „Beziehungsmittel“ der gehobenen Stellen, das in den Dismarkenzulagen weite Verbreitung gefunden hat, suchte die Regierung allmählich auf alle Beamtenkategorien auszudehnen, um die Macht zu haben, die Beamten, die sich nicht als ganz „wohlgefühnt“ erweisen, zu bestrafen und die braven Kinder zu belohnen. Selbst in die Gerichts-Organisation, bei der die Unabhängigkeit der Beamten doch noch viel wichtiger ist, als in irgend einem andern Verwaltungszweig, suchte die Regierung dieses Prinzip der Allmacht der Vorgesetzten einzuführen. Das Abgeordnetenhause mußte unter dem Druck der Agitation der betroffenen Beamten selbst, die gegen ihre Teilung in zwei Klassen den lebhaftesten Widerspruch erhoben hatten, die Forderung für die Schaffung gehobener Stellen ablehnen. Die Gerichtspräsidenten selbst haben durch ihre Organisation erklärt, lieber um dieses Belohnungsgeld verzichten und auf eine allgemeine Verbesserung der Beamtengehälter warten zu wollen.

Hierauf kam der Etat der Ansiedlungs-Kommission zur Beratung. Von dem 30-Millionen-Fonds, mit dem sie ausgestattet war, sind noch 16 Millionen übrig, von dem Belohnungs-100-Millionen-Fonds des Domänenfiskus noch 8. Um mit der ausgesetzten Summe von 24 Millionen hat man erreicht, daß der polnische Besitz in den Dismarken sich um 2000 Hektar — oder mehr — hat. Daß gleichwohl der Herr von Oldenburg-Jamischau dieses Versehen der Wälder in das Domänenbuch der Ansiedlungskommission als internationale Tat von höchster Bedeutung und als fruchtbarsten Anreiz zum Anbau bezeichnet, kann niemandem verwundern, der weiß, daß diese Ursumme nur zur Hälfte der polnischen Dismarken zugute gekommen ist, zur andern Hälfte aber den Wert und Preis des ostpreussischen Zunderregiments gestiegen hat. Dasselbe erkannte Herr von Oldenburg mit der ihm eigenen Offenheit mit an, daß für den Kampf des Deutschen gegen das Prekarium damit gar nichts geleistet worden ist.

Der alte Kardorff fügte diesen vernichtenden Urteil noch ein weiteres hinzu, indem er die Selbstverleugung des Ansiedlungsgegesetzes unter Bismarcks Ägide. Viel Puzen hätte er sich von der Vorlage niemals versprochen, aber Bismarck hätte das Bedürfnis gefühlt, die Karte, die er im Reichstag durch Zulassung polnischer Gemeinderatskollektionen hatte, durch ein volles Vertrauenstrauen der übergroßen Mehrheit des Dreiklassenparlamentes zu bestätigen, und so habe man dem Gesetze Zustimmung wider. Die Rede wird sich neben den hohenloblichen Klagen als ein Beweisstück dafür behaupten, daß es hier schon seit der Regierung war, das preussische Zunderregiment gegen die wäldlichen Freiheiten im Reiche mobil zu machen.

In je härter müßte jede liberale Partei den ganzen Aufhebungszwiel bekämpfen. Aber der national-

liberale Abgeordnete Glagel ging in seiner Scharmacherei gegen die Polen beinahe noch über Kardorff hinaus, der nur etwas „Vorfahrt“ im Bewilligen von Ausnahmeregeln gefordert hatte. Herr Glagel will rindweg alle Mittel gegen die Polen probieren, und alle die beibehalten und dauernd anwenden, die sich als wirksam erweisen.

Der Pole v. Starzinski hatte gegenüber diesen „Sakobinern“, die alle Rechtsgrundzüge im Verfolgungstaukel über den Saufen werfen, leichtes Spiel. Er brachte nur auf das Beispiel hinzuweisen, das England mit der Behandlung der besiegten Buren gegeben hat, um die Rückständigkeit der preussischen Gewaltpolitik vor aller Welt zu kennzeichnen. Die Antwort des Landwirtschaftsministers v. Arnim war demgegenüber außerordentlich schwach und operierte nur mit unwahrscheinlichen Zitaten aus der polnischen Presse Warschaws und Lemborgs ohne genaue Quellenangabe. Interessant waren seine beiden Zugeständnisse, daß die Regierung die Hoffnung aufgegeben habe, die Polen zu germanisieren und daß sie sich einst geradezu um die Gunst des polnischen Adels vom Schlage der Admiralski betworden hätte.

Die Debatte, die dadurch etwas Beengtes hat, daß die in der Chronrede angekündigte Antipolenvorlage noch nicht eingelaufen ist, wird am Dienstag fortgesetzt. —

### Uns Recht.

Der Reichstag setzte am Montag die zweite Beratung des Reichsjustizetats fort. Während der Antijemiten Bruhn von der Zimmermannsgruppe ein paar Nuancen verständiger sprach als sonst, erging sich der Antijemiten Gräf von der Liebermannsgruppe in eben so albernen wie plumpen Ausfällen gegen Heine. Er bezog sogar eine wenn auch recht jämliche Klage vom Präsidenten Stolberg. Der National-liberale Geld tritt heldenmütig für die agrarische Forderung auf Einschränkung der Haftung der Tierhalter. Müller-Meinungen kämpfte den berühmten Nichterkampf gegen zwei Fronten. Einerseits rempelte er den Genossen Heine an, den er beschuldigte, den Nürnberg Fall falsch dargestellt zu haben. Auf der andern Seite machte er dem Staatssekretär Lieberding wegen seiner sozialen Einfichtlosigkeit und des ideenlosen Phlegmas seiner Amtsführung Vorwürfe, deren Veredlung dadurch nicht abgeschwächt wurde, daß Herr Lieberding den Gefährten spielte und seinem gequälten Juristenherzen sogar etwas wie einen „Witz“ abzwang.

Genosse Franz-Mannheim beleuchtete demgegenüber die von feudalistischen Rückständigkeiten durchsetzte, vom Schwammgeist überdeckte bürokratisch-kapitalistische Rechtsprechung. Unsere Justizgesetzgebung ist mit unheilbarer Unfruchtbarkeit gesegnet. Während der schäpferische Geist der Arbeiterkassette an sich selbst heraus das gegenwärtige Institut der Arbeiterkassette geboren hat. Die Behandlung sozialdemokratischer und sonstiger oppositioneller Redakteure, die Art, mit der man neulich den gefangenen, herzleidenden Dr. Friedberg behandelt hat, sind sprechende Beispiele für die Neigung unsrer Justiz, fortwährend in mittelalterliche Methoden zurückzufallen.

Am Dienstag geht die Beratung weiter. —

### Je nachdem.

Den nächsten Gegenstand des deutsch-französischen Marokko-Freies bilden die Hafensarbeiten und die Kanalisation von Tanger. Nach dem Wortlaut der Algecirasakte sind solche öffentliche Arbeiten der öffentlichen Ausführeibung unterworfen und ihre Vergütung steht unter der Kontrolle sämtlicher Signatarmächte. Die öffentlichen Arbeiten von Tanger sind aber unter Ausberachtlassung die Bestimmungen an die deutsche Firma Kaufhäuser vergeben worden.

Auf den Einspruch der französischen Offiziellen antworten nun ihre deutschen Kollegen, es besäße außerhalb der Algecirasakte ein Separatabkommen zwischen Frankreich und Deutschland, wonach die Hafensarbeiten von Tanger und Barrade den Deutschen, die von Casablanca und Saffi den Franzosen zufommen sollten; die Kanalisation von Tanger solle aber nur einen Teil der Hafensarbeiten dar und entspreche einer internationalen Anordnung des Gesundheitsrats, dem auch ein französischer Vertreter angehört. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ glaubt demnach behaupten zu können, daß das Vorgehen Deutschlands nicht gegen die Algecirasakte verstoße und läßt sich dabei auf ein Telegramm der französischen Agence Havas aus Tanger, das den Sachverhalt bezüglich der Anordnung des Gesundheitsrats bezieht.

Mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit übrigens in der Wilhelmstraße mitunter gearbeitet wird, geht aus einem offiziellen Berliner Telegramm hervor, in dem einfach behauptet wird: „In der Akte von Algeciras befindet sich überhaupt keine Bestimmung darüber, wie die Hafensarbeiten zu behandeln seien.“

Artikel 106 der Algecirasakte zählt die öffentlichen Arbeiten, die der sogenannten „Abjudikation“ unterworfen sein sollen, folgendermaßen auf: „Routes, chemins de fer, ports, telegraphes et autres“, zu deutsch: „Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Telegraphen und andre.“ Obwohl die Aufzählung, wie aus den Schlussworten „und andre“ hervorgeht, nicht den Anspruch auf Vollständigkeit macht, sind Häfen, offenbar als ganz besonders wichtig, besonders genannt.

Trotzdem fehlt dieses Wort in der Ausgabe der Algecirasakte, die man in der Wilhelmstraße benutzt. Deshalb steht dort darin das Wort „Telegraphen“ geschrieben, denn als die Franzosen in Marokko Apparate für den telegraphischen Landen wollten, wurde das auf deutsch Einspruch hin verhindert. —

### Die preussische Duma.

Der „Tag“ meldet: „Der Gesetzentwurf betreffend Einschränkung der Majestätsbeleidigungs-Prozesse wird im Bundesrat erst in einer der nächsten Sitzungen verabschiedet werden können, weil unter den Bundesregierungen noch Meinungsverschiedenheiten über die vorgeschlagene Fassung bestehen.“

Demnach scheint es, als ob dem König von Preußen der deutsche Kaiser viel zu liberal wäre. Der Reichstag hat dann nur noch den Gesetzentwurf über die eingeschränkte Einschränkung der Majestätsbeleidigungs-Prozesse zu erwarten, den er in höchster Eile durchzubringen und anzunehmen hat. Der Bundesrat aber nimmt sich natürlich die Zeit, um die Einschränkung einzuschränken.

### Die russische Revolution.

#### Gegen die Duma.

Die letzte, am Montag abgehaltene Dumasitzung wurde von den in der Duma sitzenden Zarenagenten wieder dazu benutzt, um Material gegen die Duma anzuhäufen.

In den ersten Stunden verlief die Sitzung ruhig. Man verhandelte über die Agrarfrage. Dann aber erhob sich der Sturm aus Anlaß der Besprechung des Antrags der Rechten, daß über den Antrag, den Unwillen der Duma über die politischen Verbrechen auszudrücken, dessen Besprechung schon wiederholt aufgeschoben ist, am Dienstag beraten werden solle. Redner der Rechten, darunter Burischkewitsch, bestanden auf der Forderung der Dringlichkeit für den Antrag. Burischkewitsch verlas ein Telegramm aus Slatoust, wo der Vorgesetzte des Verbaude der „wahrhaft russischen Leute“ ermordet worden. (Nachen Redner weist darauf hin, daß die politischen Verbrechen schließlich mehren, und daß die Duma die Pflicht habe, sich gegen diese auszusprechen.)

Der Präsident stellte den Antrag, am Dienstag die Frage der politischen Verbrechen zu beraten, zur Abstimmung; der Antrag wird mit 245 gegen 124 Stimmen der Rechten abgelehnt. Die Sitzung wird danach um 6 1/2 Uhr unter Einspruch der Rechten geschlossen.

Die „Bosnjische Zeitung“ erwählt über den Gang der Debatte ein Privattelegramm, dem folgendes entnommen ist:

Der Beschluß der Duma, am Dienstag nicht über den Antrag, sondern über die Interpellation wegen der Vorgänge im Rigaer Gefängnis zu beraten, verletzete die äußerste Rechte in große Wut. Jetzt wird ihr Antrag nicht vor Freitag auf die Tagesordnung kommen.

Die Rechte beruhte ihren Wunsch, über politische Rechte um jeden Preis gerade am Dienstag zu beraten, durch einen mit über 30 Unterschriften versehenen Antrag durchzusetzen. Stolypin war offenbar davon überzeugt worden und kam zum Sitzungsschluss. Krupenski und Burischkewitsch verteidigten ihr Vergehen mit gewohnter Einnahme. Burischkewitsch erklärte, es sei eine Schwand, die Duma die Verurteilung politischer Verbrechen nicht abzuhandeln wolle, trotzdem gerade heute der Vorgesetzte des Verbaude des russischen Volkes in Slatoust ermordet worden. Er rief die Duma zur Ordnung. Korrekter sprach der Abgeordnete Schiblotski, aber auch sie beantragte besondere Behandlung des Antrags.

Redner der Arbeitsgruppe, der Abgeordnete der Duma Weresin vertrat die Ansicht, der Duma betreffend Verurteilung politischer Verbrechen solle ebenso behandelt werden wie andre Interpellationen und verdiene keinen Vorzug. Dieser Ansicht schloß sich auch Michael an, der voriges Jahr die Verurteilung terroristischer Verbrechen an der Spitze verurteilte. Golowin verurteilte die Rechten zu befehlen, daß sie gar keinen Grund hat, sich über die Verurteilung zu beschweren, jedoch ohne Erfolg. Er erklärte, daß er von ihm allen Ernstes, er solle wenigstens sofort den Antrag abgeben, an dem ihr Antrag auf die Tagesordnung nicht war sehr unzufrieden, als er erklärte, die Tagesordnung werde jedesmal nur für eine Sitzung festgesetzt. Die Besprechung des konservativen Antrags wird jedenfalls länger als die Sitzung dauern, da sich bereits 26 Redner eingeschrieben haben.

Der Zweck der konservativen geht dahin, die Duma bei Hofe zu diskreditieren und auf diese Weise schneller zur Auflösung zu kommen. Schließlich wird das Ziel ja auch erreicht werden.

### Weste zu sichten.

London, 22. April. (Signe: Drahtbericht der „Vollstimme“.) Petersburg, 22. April. Die russische Regierung durch die russische Armee lebhaft bezeugt ist. In einer Anzahl Regimenter, besonders bei den monomischen, waren kleinere revolutionäre Umtriebe zu verzeichnen.

Moskau, 23. April. Am Sonntag der Moskauer Fabrik entfiel infolge einer Explosion ein großer Brand, welcher das ganze Areal zerstörte. Aus dem Brande entging ein Student, der durch Verletzungen an Genuß hatte. Er verweigert jede Aussage über die Ursache der Explosion; man vermutet, daß diese durch Unvorsichtigkeit beim Umgang mit Sprengstoffen herbeigeführt wurde.

Rowo-Nischni, 23. April. (Gouber: am Domst), 22. April. Auf dem Eisenbahnhof bei Rowo-Nischni ist eine Wagenladung von 4000 Rubel Wert durch einen Brand von 4000 Rubel geplatzt worden. Der Schaden wurde mit Hilfe des dienhabenden Samens vollzogen, der gestiftet worden ist.

Łódź, 23. April. Um 6 Uhr gestern wurde auf dem Wege von der Stadt zum staatlichen Militärhospital ein Wagen, in dem sich ein Eisenarbeiter mit 4025 Rubel Wert befand, und der von vier Soldaten begleitet wurde, von einem Avanzier bewacht. Die Bombe explodierte mit furchtbarem Geräusch. Gleichzeitige eröffneten die Angreifer ein Feuer auf den Soldaten. Ein Soldat wurde getötet, die drei übrigen wurden schwer verwundet, die Wächter und der Eisenarbeiter wurden verwundet. Die Täter entflohen, nachdem sie das Geld geraubt hatten.

Petersburg, 23. April. Die Polizei fahndet auf die Mitglieder des revolutionären Militärverbandes, der wurde noch keiner der Anführer verhaftet; nur mehrere hundert, darunter viele weibliche Studenten, die hauptsächlich in Versammlungen Geldspenden für den Militärverband sammelten. Alle Verhafteten, bisher 50, wurden in der Peter-Pauls-Kirche interniert. Zwar kann man ihnen nichts nachweisen, aber gefangen bleiben sie doch.

Petersburg, 23. April. In Kurland wurde gestern in einem der Städte ein Mitglied der Moskauer Revolutionäre gefangen.

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 95.

Magdeburg, Mittwoch den 24. April 1907.

18. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

(35. Sitzung.)

Berlin, 22. April, 2 Uhr.

Am Bundesratslich: Frhr. v. Stengel, Dr. Nieberding.

Nach debattierter Erledigung einer Rechnungssache und nach gleichfalls debattierter Annahme des Vertrags zwischen Deutschland und den Niederlanden über die gegenseitige Anerkennung von Aktiengesellschaften usw. wird die zweite Sitzung des Reichstags des Reichsjustizamts fortgesetzt.

Abg. Graf (Wirkh. Vg.): Der Abg. Heine hat noch demagogischer gesprochen, als sonst Stadthalger zu tun pflegt. Herr Heine hat wohl selbst nicht geglaubt, was er sagte.

Präsident Graf Stolberg: Derartige dürfen Sie einem Mitglied des Hauses nicht unterjubeln.

Abg. Graf fährt fort, bezieht die Beseitigung des Zeugniszwangs für Abgeordnete als eine Prämie auf Disziplinargesetz und verlangt Beseitigung oder doch erhebliche Einschränkung der Konkurrenzklause. (Weiß, h. d. Wirkh. Vg.)

Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, daß die verbündeten Regierungen die allerernsten Erwägungen über die Konkurrenzklause und über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses anstellen.

Abg. V r u h n (Ant.) erklärt sich für Aufhebung des Zeugniszwangs für Redakteure und Abgeordnete. Die Kritik Heines ging zu weit, aber ein berechtigter Kern war in seinen Ausführungen enthalten. Redner wünscht ferner die Beseitigung des Beschlusses.

Staatssekretär Dr. Nieberding stellt eine dahingehende Vorlage für die nächste Session in Aussicht.

Abg. Göring (Ztr.) protestiert gegen die Erteilung der Betriebserlaubnis an Minderjährige und erklärt sich mit der Resolution zum Schutz der Arbeiter der Bauhandwerker einverstanden. (Bravol i. Ztr.)

Abg. Geld (natl.) erklärt sich für die konservative Resolution betr. Einschränkung der Haftpflicht der Tierhalter.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Wenn das Haus den Antrag auf Einschränkung der Haftung der Tierhalter annimmt, werden die verbündeten Regierungen dem zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Freis. Vp.): Wir vermischen am Reichsjustizamt eine großzügige Initiative. Die Justizreform kommt nicht vom Fleck. Uebertriebene Angstmeierei und Mißtrauen gegen das Volk sind die Ursache. Wir verlangen die Einschränkung der Verjährung des Nichtstanzers. Den Resolutionen betr. Schutz der Bauhandwerker und Haftung des Staates für seine Beamten stimmen wir zu, lehnen dagegen die Einschränkung der Haftung der Tierhalter ab. Wir sind durchaus mit den Resolutionen des Zentrums und der Sozialdemokraten auf Schutz der Immunität und auf Beseitigung des Zeugniszwangs gegen die Presse einverstanden, um so mehr, als der Antrag des Zeugniszwangs fähig größer wird. (Sehr wahr! links.) Der Fall des Dr. Friedeberg in Mannheim sollte den Reichstag veranlassen, zu Anfang des zwangsweisen Photographierens unmöglich zu machen. (Lebh. Zustimmung.) Ich bedaure als süddeutscher Richter, daß Süddeutschland sich vom norddeutschen Zeugniszwang hat ausheben lassen. — Mit der gleichmäßigen Heranziehung aller Berufsstände zum Schöffen- und Geschworenentum hat Bayern gute Erfahrungen gemacht.

Abg. Heine hat manches Richtige gesagt, aber zu sehr verallgemeinert. Eine größere Fühlung des Richtertums mit dem Volke wäre allerdings wünschenswert. Bei dem von Heine angeführten Nürnberger Fall betr. den von einem Streifbrot gezeigten Arbeitswilligen hätte der hiesige Bundesratsbevollmächtigte die Sache klarlegen müssen. Statt dessen hat er der schäblichen Bundesratsbevollmächtigte getan. (Zuruf h. d. Soz.: Er hat es ja gar nicht gesagt!) Er hat es wenigstens versucht. (Ergänzende Heiterkeit.) Die Darstellung Heines war eine ganz einseitige. Der Mann hat in Notwehr gehandelt. (Widerspruch h. d. Soz.)

Einer der streifenden Mädelstrolcher mußte vor Gericht selbst stehen, daß er in der Lage des jenen Mädelstrolcher genau so gehandelt hätte. (Widerspruch h. d. Soz.) Wenn der Staatssekretär der Meinung ist, daß die Fassung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung zu einer falschen Auffassung seitens des Reichsgerichts geführt hat, so müßte er pflichtgemäß für eine sofortige Beseitigung der Paragraphen sorgen. (Zustimmung links.) Nur, wenn der Richter ruhig in und mit dem Volke lebt, wird er das Vertrauen des Volkes gewinnen. (Lebh. Beif. h. d. Freis.)

Bayerischer Ministerialrat Treutlein-Mürdes: Ich konnte auf den Nürnberger Fall nicht eingehen, weil mir die Akten nicht bekannt waren. Es wäre unvereinbar mit der Würde des Hauses, ohne genaue Kenntnis der Akten zu dem Fall Stellung zu nehmen. (Bravol)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die Klagen des Abg. Dr. Müller-Meinungen über den Unterschied in der Behandlung der vor Gericht erscheinenden Personen sind nicht zu tragisch zu nehmen. Solche Unterschiede kommen überall vor. Wenn z. B. Herr Müller-Meinungen mit dem Reichsjustizamt spricht, so bedient er sich sehr freier Wendungen; wenn er aber dem Herrn Abg. Heine einen Vorwurf zu machen hat, so geschieht das mit der größten Sanftmut. (Gr. Heiterk.)

Die Frage, ob die Immunität der Abgeordneten das Recht zur Zeugnisverweigerung in sich begreife, hat schon im Jahre 1848 das Reichsjustizamt sehr freiheitlich geäußert. Parallelen in der Frankfurter Paulskirche in verneinendem Sinne entschieden. An der Tätigkeit des Reichsjustizamts hat Herr Müller-Meinungen einschneidende Kritik geübt. Er ist aber wohl nicht genügend orientiert, um das Recht zu dieser Kritik zu haben. Das Reichsjustizamt arbeitet fleißig (Lachen links) und nach einem festen Plane. Es sucht allen Wünschen des Reichstags entgegenzukommen. (Lachen links.) Nicht das Reichsjustizamt ist im Rückstand, sondern der Reichstag. (Heiterkeit links.) In der nächsten Session kann allerdings die Strafreform nicht kommen, da die Session wirklich durch die zahlreicheren Gesetzentwürfe aus dem Reichsamt des Innern in Anspruch genommen sein wird. (Zuruf links: Warum bringt man denn in dieser Session keine Vorlagen ein?) Darüber müssen Sie sich mit dem Reichskanzler auseinandersetzen.

Abg. Frank (Soz.): Zwei Seelen wohnen in Müller-Meinungen. (Heiterkeit.) Die eine zieht ihn nach rechts zum Hod, die andere läßt ihn schärfere Wendungen gegen die Richter finden, als mein Parteigenosse Heine sie gebraucht hat. Bei der Fassung des tragischen Nürnberger Falles kam die Mordseele des Dr. Müller-Meinungen zum Vorschein. Er sprach von Mädelstrolchern und behauptete, daß „Notwehr“ vorgelegen habe. Dagegen hat er nicht von der eidlichen Zeugenansage gesprochen, sondern von der betriebligen Fälschung zu den Streifbrotern gesagt hat. (Lachen links.) Herr Heine hat es nicht gewagt, das zu sagen, sondern hat es sich selbst selbst angedreht. (Lebh. Heiterk.)

Weiter ist festgestellt worden, daß der Fabrikant kein Streifbrot mit Brechkräften ausgerüstet hat. (Lebh. Heiterk.)

Recht hat er gegen Dr. Müller-Meinungen mit seinen Ausführungen über die Unzumutbarkeit untrer Justizgesetzgebung.

Nichts, sein gar nichts ist auf dem Gebiete der Rechtspflege in den letzten Jahren für die breiten Massen des Volkes geschehen. Die einzige Neuschöpfung, die zu bezeichnen ist, ist der freien, von den Behörden noch dazu vielfach gehemmten Initiative der Arbeiter entsprungen: die Arbeitersekretariate, die sich in wachsendem Maße das Vertrauen der Arbeiterschaft und auch das des kleinen Mittelstandes erwerben. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Art der Sekretariate, meist mit Angehörigen des Arbeiterstandes besetzt, zeigen, welche Schätze noch ungenutzt in den Tiefen des Volkslebens ruhen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Und dabei werfen die Minister, die noch nie etwas Positives geleistet, der Sozialdemokratie vor, daß sie nur negativ zu sein verstehe.

Wir wissen, daß die bürgerliche Rechtspflege nicht aus ihrer kapitalistischen Haut fahren kann; wir wissen, daß eine völlige Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung kommen kann. (Zuruf h. d. Soz.) Aber unsere Justiz hat zahlreiche Schönheitsfehler, deren Beseitigung in keiner Weise die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft gefährdet. Es wäre Pflicht des Staatsrechts, die offenen Wunden am Körper der Rechtspflege zu beseitigen, durch die nicht nur die Verurteilten, sondern fast alle Klassen des Volkes sich in ihrer sozialen Gesundheit gefährdet sehen. Herr Heine hat die Uebernahme gewisser Formen des englischen Prozesses in unsere Rechtspflege gefordert. Wann kommt der Richter, der einen Teil des englischen Geistes in unser Recht verpflanzen wird, des Geistes der Achtung vor der persönlichen Freiheit des Bürgers. (Lebh. Zustimmung.)

Noch immer gibt es Richter bei uns, die erwachsene Angeklagte aus dem Arbeiterstande huzen die über unbeholfene Zeugen jaule Wige reisen. Schlimmer ist es, daß über allen unsern Gerichten vom niedersten bis zum höchsten unmaßbar und unsehbar S. M. der souveräne Schuhmann schwebt. (Heiterk. u. Sehr richtig! h. d. Soz.)

Zu des Schuhmanns Ehren haben die Gerichte abgedankt; an die Stelle des freien richterlichen Gemüths ist das freie Schuhmannsmaß getreten. Der Schuhmann irrt nicht. Die Aussagen mehrerer Dutzend ziviler Zeugen verschwinden in nichts gegenüber der Aussage eines Schuhmanns. Ein eigen Leibe hat ein bürgerlicher Redakteur, Herr Erdmannsdorfer, erfahren, daß alles, was die sozialdemokratischen Zeitungen über die Souveränität des Schuhmanns ausgeführt haben, völlig der Wirklichkeit entspricht. Ich hoffe, daß Herr Erdmannsdorfer dem „Vorwärts“ künftig mehr Glauben schenken wird. (Heiterkeit h. d. Soz.)

Ein Bachmeister fühlte sich durch den Satz der Frau Ruzic geizt: „Die Toren, die glauben, durch Nadelstiche die Arbeiterbewegung aufzuhalten, sind im Irrtum“, getroffen. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte zu 2 Monaten Gefängnis. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Für die Richter selbst ist es höchst gefährlich, gegen die Autorität und Majestät des Schuhmanns aufzutreten. Ein Richter hat in einer Broschüre ausgeführt, daß die Unterfänger ihn in seiner Karriere geschädigt hat. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Der kleinliche Polizeigeist durchweht unsere ganze Rechtspflege. Die Sprache sogar wird zu Polizeizwecken vergewaltigt. Wenn jemand zwölf Worte am Grabe spricht, so heißt das eine Grabsrede. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Ein weiterer Uebelstand sind die Verurteilungen auf Grund veralteter Bestimmungen. Für die Entbindung von 2 Pfennig ist ein 15jähriger Junge, der allerdings vorbestraft war, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Zuruf, hört! h. d. Soz.)

Warum schreibt nicht wenigstens hier das Justizamt zu den längst durchgeführten Reformen. Heine hat schon hervorgehoben, daß die Verhandlung Jugendlicher vor Gericht vielfach zu hart ist. Die Verbrechen der Jugendlichen sind in der Hauptsache auf traurige häusliche Verhältnisse und auf die Kinderarbeit zurückzuführen. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Um so auffälliger sind die mehr als lächerlich geringen Strafen, die über Leute verhängt werden, die in geisteswidriger Weise Kinder ausbeuten. Vor 11 Jahren bereits hat der Reichstag fast einstimmig eine Reform des Gefängnisrechts verlangt. Wir warten noch immer darauf. Neulich entschied ein Gericht, daß das Vergleichen mit kaltem Wasser seitens der Herrschaft kein Grund für das Dienstmädchen sei, wegzulassen. Ich hätte schon mögen, wie das Urteil ausgefallen wäre, wenn das Dienstmädchen mit dieser Entscheidung bewaffnet, dem betreffenden Amtsrichter einen Kübel kalten Wassers über den Kopf geschüttet hätte. (Heiterk. u. Sehr gut! h. d. Soz.)

Wie das Gefängnisrecht, so bedarf das ganze deutsche Polizeirecht der einheitlichen Regelung.

Die Umstände des Zeugniszwangsverfahrens gegen Redakteure erobert sich jetzt auch Süddeutschland. Der preussische Adler bringt uns Badener dieses Geistes und nimmt uns dafür die Nilometer-Scheite und den Vertax des „Simplicissimus“ auf den Hals. (Heiterkeit.) Der Staat, in dessen Schulen mit Recht der Buchhändler Palm als Märtyrer gefeiert wird, weil er den Franzosen die Krone des Namens des Verfassers des Bundes „Deutschlands tiefste Erniedrigung“ verweigerte, wendet in eben dieser gehässiger Weise die Krone des Zeugniszwangs an.

Zu rügen ist zudem die schändliche Behandlung, die man vielen in der verhafteten Redakteuren zuteil werden läßt. Wenn ein Parteigenosse Ged wurde lange während seiner Freiheitsstrafe die Lektüre sozialdemokratischer Zeitungen vorenthalten. Wahrscheinlich hoffte man ihn zu befehlen und zum Mitglied des Reichstages heranzuführen, die Sozialdemokratie zu machen. (Heiterkeit.)

Die norddeutsche Praxis macht eben in Süddeutschland Schule. Auf das schärfste muß gegen die Behandlung der beiden Angeklagten Dr. Friedeberg und Kaufmann protestiert werden. Um so mehr, als Dr. Friedeberg herrschend ist. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Man hat ihn auf dem Wege zum Amtsgericht gefesselt wie einen schweren Verbrecher. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Man hat ihn gegen seinen Willen unter Androhung körperlicher Gewalt photographiert. Sicherlich war die Photographie nicht für die „Woche“ bestimmt. (Heiterkeit.)

Radträglich muß es nun niemandem gewesen sein. Als ich dem inkaffierten Anwaltstein Bekünte brachte, wurden die Bücher ängstlich durchgesehen, ob nicht etwa eine Bombe drin stecke. (Gr. Heiterk.)

Hoffentlich werden die Rufe für Rache hier vorgebrachten Beschwerden endlich den Staatssekretär zur Nachgebiltheit gegen die Wünsche des Volkes veranlassen. (Lebhaftes Bravol h. d. Soz.)

Hierauf verlagert das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6¼ Uhr.

## Aus der Parteibewegung.

### Vom Internationalen Sozialistischen Bureau.

Man schreibt der „Furter Volksstimme“ aus Brüssel: Dem Bericht des Internationalen Sozialistischen Bureaus über die Monate Februar und März ist zu entnehmen, daß die sozialdemokratische Partei von Spanien um Anschlag an das Internationale Bureau nachdrücklich auf Grund eines auf dem im Dezember 1906 stattgehabten Parteitag gefaßten Beschlusses.

Interessante Mitteilungen werden über Auswanderungsfragen gemacht. In der letzten Zeit hatte die Regierung von Chile mehrere Anwesen in europäischen Mittern veröffentlicht, in denen sie auswandernde Arbeiter, besonders Bauarbeiter in ihr Land zu locken versuchte. Das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus hat sich deshalb an den

Korrespondenten für Chile und Argentinien gewandt und ihn gebeten, Auskunft über den Wert des Angebots der chilenischen Regierung zu geben. Durch das sozialistische Organ Argentiniens, das in Buenos Aires erscheint, erfährt das Bureau, daß die chilenische Telegraphenverwaltung sich geweigert hatte, eine auf die Auswanderung bezügliche Depesche der chilenischen Genossen an das Internationale Bureau zu übermitteln. Die Verwaltung erklärte das Telegramm kurzerhand für „ungefährlich“. Aus diesem Grunde sandte Genosse Jacina aus Punta Arenas einen Brief, in dem es heißt: „... Unser organisiertes Proletariat hat Protestversammlungen gegen die durch die Regierung bezahlte Entwanderung abgehalten, weil die 500 000 Pfaster, die die Regierung zu diesem Zwecke bereitgestellt hat, dem von allen Einwohnern gespeisten Nationalfonds entnommen hat, also mit dem Geld der Arbeiter die Kapitalisten unterstützen will, indem sie ausländische Arbeiter heranzieht, die den eingeborenen Konkurrenz machen. Von einem allgemeinen, sich über das ganze Land erstreckenden Arbeitermangel kann gar keine Rede sein. In einzelnen Provinzen sind sogar viel zu viel Arbeiter vorhanden. Und wenn die Regierung dafür sorgen wollte, daß diese in arbeitsärmere Gegenden kämen, könnte sie dem Uebelstand ohne weiteres abhelfen. Meiner Ansicht nach sollte sich kein Genosse nach Chile einschiffen, wenn er kein bestimmtes Handwerk kann, oder hier keine Verwandten hat. Die Versprechungen der Regierung sind Fabeln, und wenn die Arbeiter hier ankommen, erleben sie sehr bald eine harte Enttäuschung.“

Die älteste südafrikanische Sozialistengruppe, der Vorwärts in Johannesburg, bittet den Kongress in Stuttgart, sich für das Esperanto als internationale Sprache auszusprechen. Auch die französische Partei spricht sich für eine internationale Sprache aus. Zum Kongress in Stuttgart teilt das Bureau mit, daß ihm bis jetzt von 14 Organisationen der Bericht über ihre Tätigkeit seit dem Antwerpener Kongress zugegangen ist, und ermahnt die übrigen, unter denen sich auch die deutsche Partei befindet, ihre Berichte rechtzeitig einzusenden. — Die englische Partei hat dem Bureau den Text einer Resolution übermitteln, welche sie auf dem Stuttgarter Kongress einbringen wird und in der das Bureau aufgefordert wird, Verhaltensmaßregeln zu veröffentlichen, die im Falle einer Bedrohung des Weltfriedens ergriffen werden sollen. — Die österreichische Maurervereinigung teilt mit, daß sie sich auf dem Kongress durch zwei Delegierte (Siegel und Peterka) vertreten lassen. Die sozialdemokratische Partei der Vereinigten Staaten wird drei Delegierte senden, Australien wird durch den Genossen Krämer vertreten sein. —

Die Arbeiter über die Deute, so fällt die Ordnungssuppe über den Wahlkreis Glanbach-Meerane her. Sie hat es sich in den Kopf gesetzt, der Sozialdemokratie den Kreis zu entreißen. Welche Anstrengungen besonders die Nationalliberalen machen, geht aus einer Notiz der „Dresdner Zeitung“ hervor, die also lautet:

Auf bürgerlicher Seite ist man sofort mit aller Entschiedenheit und Siegesverzicht in den Kampf eingetreten. Der Kandidat, Dr. Claus-Joschwig, der sich bei der letzten Wahl durch sein geschicktes und wirksames Auftreten hohes Ansehen und Vertrauen erworben und im Wahlkreise überdies von seiner früheren Tätigkeit in Meerane bekannt ist, wird in einer Reihe von Versammlungen sprechen. Die Reichstagsabgeordneten Wassermann, Merkel-Mylau, Dr. Strefemann, Dr. Junck, Eberling, Dr. Heunze haben ihre Unterstützung zugesagt. Auch die Landtagsabgeordneten Langhammer und Dr. Vogel, ferner Dr. Ritter-Dresden, Generalsekretär Dr. Westenberg und andre Herren werden als Redner mitwirken. Alles spricht dafür, daß der Kampf sich äußerst heftig gestalten wird.

Die Nationalliberalen wollen also ihr ganzes Rednerheer mobil machen und zur Eroberung des 17. Reichstagswahlkreises ausfinden. Sie werden unsere Genossen aber auf dem Posten finden. Freilich sind wir durch Mangel an der unabhätigen Agitation wesentlich behindert, doch sind unsere Genossen schon mitten in der Wahlarbeit. Bereits am Donnerstag haben in vier Städten des Kreises Versammlungen stattgefunden. Am Sonnabend und Sonntag wurden elf Versammlungen abgehalten. Neben dem Kandidaten, Genossen Volkensbueh, haben die Genossen Webel, Weher, Goldstein, Roske und Städel referiert. —

Ausfällige. In Mey wurden nach zweitägiger Verhandlung eines Parteischiedsgerichts der bisherige Parteigenosse Boorimann und noch mehrere andere Genossen aus der Partei ausgeschlossen, weil sie entgegen der Parteiparole im letzten Augenblick vor der Reichstagswahl im Wahlkreise Mey ein Flugblatt zugunsten des liberalen Kandidaten Dr. Grötzke unterzeichnet hatten. Die Partei hatte die Parole ausgegeben, bei der Stichwahl zwischen dem liberalen und dem Zentrumskandidaten sich ebenfalls der Entscheidung zu enthalten, in keinem Falle aber dem liberalen Kandidaten ihre Stimme zu geben. —

Ein Parteischiedsgericht tagte auch in Dremesbaben. Verhandelt wurde über den Ausschlußantrag gegen den Genossen Beckmeier-Gesellmünde wegen Unterzeichnung des Wahlausrufs der bürgerlichen Partei im letzten Wahlkampf, obgleich er zur sozialdemokratischen Partei gehörte. Deswegen war gegen den Ausschlußantrag Widerspruch, der ebenfalls einen gegenwärtigen Wahllokal unterzeichnete und sich während der Wahlbewegung verschiedene andere Handlungen zurechnen kommen ließ, die sich mit der Parteiparole nicht vereinigen lassen, der Antrag auf Ausschluß aus der Partei gefaßt. Der Ausschlußerhielt einen scharfen Verweis. Wahrung wurde ausgeschlossen. —

B. Das eigne Heim des Sozialdemokratischen Bezirks Leipzig-Stadt wurde am Sonntag vormittag 11 Uhr eingeweiht. Damit hat die Leipziger Arbeiterschaft abermals eine Einrichtung geschaffen, die für das Parteileben von großer Bedeutung ist. Kürzlich ist der Anschlag des Arbeitervereins Leipzig an den Wahlverein Leipzig-Stadt vollzogen worden, wobei die vormalige Bibliothek und sonstige Einrichtungen des Arbeitervereins übernommen wurden. Nunmehr ist eine prächtige Zentralbibliothek für Leipziger Arbeiterschaft geschaffen worden. Sie wird 5000 Bände umfassen, wofür ein großes Bibliothekszimmer eingerichtet worden ist. Neben diesem großen Raum liegt ebenfalls im 3. Stock des Vordergebäudes des Volkshauses der große Lesesaal, in dem 40 Personen sitzen Platz finden können. Alle Partei- und Gewerkschaftszeitungen sowie Kunztzeitungen hängen dort aus, ferner ist Schreibgelegenheit gegeben. Auch hat im Hintergebäude zwei Räume für die proletarische Jugend Leipzig gemietet worden. Dort sollen Unterrichtskurse abgehalten und sonstige Gelegenheiten zur Unterhaltung gegeben werden. Ein eigenes Kabinett, auch ein Kabinett fehlt nicht. —

Die Landtagswahlbewegung in Nürnberg wurde am Sonntag mit einer Massen-Wahlerversammlung im „Verkaufshaus“ eröffnet. Die Genossen Dr. Haller und Segitz als Referenten behandelten eingehend die durch das neue Wahlsystem geschaffene Situation und führten die Sünden der bürgerlichen Parteien, besonders der Liberalen vor. Am Schluß befaßte sich auch die Versammlung mit dem Zeugniszwang und nahm folgende Resolution an: Die am 21. April im „Verkaufshaus-Rednerklub“ beimantelten 2000 Landtagswähler sprechen ihre Entrüstung aus über die Verhängung der Zeugniszwangsmaßnahme gegen den Redakteur Paul Schlegel. Die Zeugniszwangsmaßnahme ist ein schändliches, rohes und rationales Mittel, einen Redakteur zu

Böllerkräze zum Vertrauensmissbrauch und zum Bruch des...

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Zur Ausperrung der Arbeiter und Arbeiterinnen in Rhein-

In Braunschweig wurden 1800 Färbearbeiter und...

Abziehung der Streikbrecher in Hamburg. Von den...

Lohnbewegungen und Streiks. 160 Arbeiter der Schuh-

17. Generalversammlung des Zimmererverbandes.

Röln, 20. April.

(Schlußsatzung.)

Zur Gehaltsfrage der Verbandsangestellten liegt ein von der...

Es folgt die Statutenänderung. Es lagen dazu weit über...

Von den durch die Generalversammlung vorgeschlagenen Statuten-

Im ersten Absatz des § 5: Die Mitglieder haben für die...

Im § 10, Ziffer 3 bis 5: Die Unterstützung wird nur in...

Im § 19: Jahreshellen mit weniger als 100 Mark werden...

Im § 24, Ziffer 2 und 3: Wo mehrere Orte...

Im § 4: Die Jahreskongresse haben die Pflicht, den Ort...

Im § 7: Bevor der Streik beschlossen wird, sind zunächst...

bericht nach einem Gutachten des Ausschusses nach der...

Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl sämtlicher...

Die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag soll wie...

Am Schlusse des Verbandstages, dem Punkte „Verschiedenes“...

In seinen Schlussbetrachtungen über den Verbandstag gab der...

Provinz und Umgegend.

Aischerleben, 23. April. (Streik der Maurer.) Am...

(Volkverein.) Auf die am Donnerstag in Wildes Lokal...

(Obermeister Kahardt) weidet die Öffentlichkeit. Bei...

Burg, 22. April. (Stadtverordnetenversammlung.) Der...

Der nächstfolgende Punkt ist der Antrag Blumtritt und Genossen...

Der nächstfolgende Punkt ist der Antrag Blumtritt und Genossen...

Der nächstfolgende Punkt ist der Antrag Blumtritt und Genossen...

werden. Schaffen Sie also das Bürgerrecht ab, es ist nur...

Salbe a. S., 23. April. (Der Volkverein) hielt am...

Halberstadt, 23. April. (Zum Schneiderstreik) ist zu...

(Ein Arbeitswilliger.) Am Sonntagabend wandte...

(Schlägereien.) Am Sonntagabend ist in der Restau-

Neuhaldensleben, 23. April. (Die neuen Steuer-

(Maifeier.) Der Ortsverein der Handwerksleute hat be-

Quedlinburg, 23. April. (Volkverein.) Die Ver-

(Wohnstättenverbreitung.) Am Mittwochabend...

Serhanen (Altmark), 23. April. (Verbrechen oder...

Stahlfurt, 23. April. (Der Geschäftsausschuss) in un-

## Die Magdeburger Gewerbeinspektion.

Die Jahresberichte der preussischen Gewerbeinspektionen sind erschienen. Geheimrat Regierungsrat Girsch, der erste Beamte der Gewerbeinspektion zu Magdeburg, leitet seinen Bericht mit der Feststellung ein, daß das Verhältnis der Gewerbeaufsichtsbeamten zu Arbeitgebern und Arbeitern im allgemeinen gut war wie bisher. Das zeugt von großer Genügsamkeit des Herrn Girsch, denn die Arbeiter haben bisher so gut wie gar nicht in einem Verhältnis zu der Gewerbeinspektion gestanden. Sie haben sich nicht dazu aufschwingen können, dieser Einrichtung Vertrauen entgegenzubringen. Wenn der Magdeburger Gewerbeinspektor das als ein gutes Verhältnis ansieht, dann muß er wohl seine Aufgabe anders auffassen als die Arbeiter es tun. Im Berichtsjahre haben er und seine 88 Arbeiter auf dem Bureau des Gewerbeinspektors vorgeprochen und in ganzen sechs Fällen haben sich Vertreter von Gewerksvereinen und Gewerkschaften über Mängel in Betrieben beschwert. Die Arbeitgeber hingegen haben sich mehr zu dem Bureau hingezogen gefühlt; von ihnen sprachen 350 vor. Das ist schon absolut nahezu das Dreifache wie bei den Arbeitern; würde man erst Relativzahlen anwenden, so käme ein noch ganz anderes Bild heraus, da doch die Arbeiter die Unternehmer an Zahl weit überwiegen. Bei den Arbeitgebern besteht Vertrauen, bei den Arbeitern das Gegenteil zu der Gewerbeinspektion, das lassen die Zahlen deutlich erkennen. Wir wären bei solcher Sachlage nicht so vermessend, von einem guten Verhältnis zu den Arbeitern zu reden. Auf das Vertrauen der Arbeitgeber legt die Magdeburger Gewerbeinspektion aber auch großen Wert, denn bedauernd konstatiert sie in ihrem Bericht, daß vereinzelt dieses Vertrauen eine Beeinträchtigung erfährt durch die strafrechtliche Verfolgung von Zuwiderhandlungen. Wie schwer müssen diese Zuwiderhandlungen gewesen sein, daß die Gewerbeinspektion sich dazu verband, selbst auf die Gefahr hin, das Vertrauen der Unternehmer zu erschüttern, eine strafrechtliche Verfolgung zu veranlassen! Die Unternehmer haben für solches Verhalten denn auch gar kein Verständnis oder richtiger, sie finden es unerhört, wurde doch sogar von einem Betriebsleiter gegen einen Gewerbeinspektor eine Privatbeleidigungsklage angestrengt, weil er sich durch dessen gutachtliche Aussage vor Gericht gekränkt gefühlt hatte! Die Klage wurde später zurückgezogen.

Ueber die Ausbildung von Lehrlingen heißt es in dem Bericht, daß diese in den Fabriken weitaus nicht in dem Maße erfolge, wie es zur Erzielung genügenden Nachwuchses erforderlich wäre; vielmehr sei die Lehrlingsausbildung immer noch vorwiegend dem Handwerk überlassen, das sich dieser Aufgabe wegen des damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteils gern unterziehe. „Die Ausbildung erfolgt fast durchweg durch die Meister der Betriebsabteilungen, denen die Lehrlinge zugewiesen sind. Wo, wie in den kleineren Städten und auf dem Lande, Fortbildungsschulen nicht vorhanden sind, steht es mit der Weiterbildung in allgemeiner und fachlicher Hinsicht ziemlich trübe aus. Eine Überwachung der Lehrlinge durch die Fabrikherren zur Beeinflussung ihrer sittlichen Führung ist kaum durchführbar; soweit bekannt geworden, findet solche nur in einem Falle statt, in einer großen Eisengießerei, die ein besonderes Heim für ihre zur Beschaffung des Arbeiter-

nachwuchses aus weiter Ferne hergeholtten Lehrlinge errichtet hat. Hier wird für deren Wohl infolge des besonderen Interesses des Besitzers in jeder Weise gesorgt.“ Womü mag wohl dies besondere Interesse bestehen? Dieser Unternehmer hat wohl schon eingesehen, daß auch ein Großbetrieb wirtschaftliche Vorteile aus der Lehrlingsausbildung ziehen kann. Man muß es nur richtig anfangen.

Um 1,82 Proz. hat sich im Jahre 1906 die Arbeiterzahl vermehrt. Die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter stieg um 0,91 Proz. Am stärksten war der Zuwachs in der Maschinenindustrie, wo er fast 5 Proz. betrug. Ein Rückgang hat dagegen in der Industrie der Steine und Erden stattgefunden, in der viele Betriebe, namentlich Ziegeleien, ihren Bedarf an Arbeitern nicht voll decken konnten.

Daß das den Ziegeleien nicht möglich ist in einer Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur, wie sie das Jahr 1906 brachte, in der andre Berufe Arbeitsgelegenheit genug bieten, ist nicht weiter verwunderlich. Auch der Bericht des Gewerbeinspektors verweist auf die altbekannte Tatsache, daß in den Ziegeleien zum größten Teil noch längere als zehnstündige Arbeitszeit bestehe. Elf bis zwölf Stunden kämen häufig vor. Hinzufügen hätte der Berichterstatter sollen, daß stellenweise sogar 14 und 16 Stunden täglich gearbeitet werden muß. Der Gewerbeinspektor sieht aber schon Anzeichen, daß die Dauer der täglichen Arbeitszeit vermindert wird. Die eingehendere Überwachung der Schulpflichtigen für die jugendlichen Arbeiter, die hier als Abträger beschäftigt werden und den Streichern bei der Arbeit unentbehrlich sind, meint er, trägt allmählich mit dazu bei, die Dauer der täglichen Arbeitszeit zu vermindern. Wenn diese Ansicht nur nicht erschüttert werden wird! Denn schon manches Mal ist darauf hingewiesen worden, daß die Nichtachtung der Schulpflichtigen in den Ziegeleien die Regel ist.

Der Jahresbericht verbreitet sich weiter über die in den Fabriken üblichen Kündigungsfristen. „Im allgemeinen macht sich das Bestreben geltend, die Kündigungsfristen zu verkürzen und ganz aufzuheben. Die Arbeitgeber klagen darüber, daß die Arbeiter häufig, namentlich bei vorteilhaften Arbeitsangeboten, die festgesetzten Kündigungsfristen nicht einhalten und daß sie sich gegen den Vertragsbruch nicht schützen könnten, weil die gesetzlich zulässigen Lohninbehaltungen zur Sicherung gegen Vertragsbruch bei dem Widerstand der Arbeiter nicht durchzusetzen und Klagen auf Schadloshaltung von sehr zweifelhaftem Erfolg wären, da pekuniärer Ersatz sich auch oft bei Fabrikanten die Besorgnis geltend, daß Arbeiter, denen gekündigt worden ist oder die selbst gekündigt haben, durch Nachlässigkeit oder Böswilligkeit Schaden anrichten können, und sie stimmen auch aus diesem Grunde der sofortigen Vertragslösung zu.“ Wir hegen ganz erhebliche Zweifel, daß die Zahl der vertragsbrüchigen Arbeiter so groß ist, wie man das nach dieser Auslassung annehmen könnte. Man kann die Bemerkung aber verstehen, wenn man das „gute Verhältnis“ bedenkt, in dem die Gewerbeinspektion zu den Arbeitgebern steht. Der Umstand erklärt auch den Hinweis über die forderbare Besorgnis, die sich bei den Fabrikanten geltend macht. Wie kommen diese Herren dazu, einer solchen Besorgnis Ausdruck zu geben? Und wie kommt der Gewerbeinspektor dazu, von ihr Notiz zu nehmen? Ein Grund zu dieser

Besorgnis liegt sicherlich nicht vor, selbst wenn sich Einzelfälle ereignet hätten. Die Bemerkung stellt sich daher als eine platte Beleidigung der Arbeiter dar.

Die Zahl der Unfälle im verfloffenen Jahre betrug 4850, von denen 86 tödlichen Ausgang hatten. Der Bericht bemerkt dazu: „347 Unfälle sind an Ort und Stelle untersucht worden, wobei wieder festgestellt werden mußte, daß leider in der Mehrzahl der Fälle Leichtsinns, Außerachtlassung von Vorschriften und direktes, heuchelhaftes Umwidern gegen solche die Veranlassung war.“ Wenn wir dazu die oben erwähnte Bemerkung halten, daß nur in einzelnen Fällen Arbeitgeber wegen Zuwiderhandlungen verurteilt wurden, dann kommen wir zu dem Schluß, daß Leichtsinns, Außerachtlassen von Vorschriften und Umwidern gegen solche den Arbeitern vorgeworfen werden soll. Ob der Gewerbeinspektor das mit gutem Gewissen tun kann? Ob er nicht besser daran getan hätte und gerechter gewesen wäre, wenn er der mörderischen Effordarkeit, die doch in den meisten Fällen neben den Unterlassungssünden der Unternehmer die Ursache ist, mit einigen Worten gedacht hätte? Im letzten Grunde ist doch die kapitalistische Betriebsweise an den Unfällen schuld. Oder glaubt der Magdeburger Gewerbeinspektor wirklich allen Ernstes, daß die Arbeiter leichtsinnigerweise oder gar bewußt ihr Leben aufs Spiel setzen?

Der Jahresbericht der Magdeburger Gewerbeinspektion befriedigt uns nicht, wie uns noch keiner ihrer Berichte befreudigt hat. Das wird auch nicht eher der Fall sein, bis die Arbeiter in einem wirklichen guten Verhältnis zu der Inspektion — nach dem Sinne der Arbeiter — stehen werden. Und das werden wir wohl so bald nicht erleben. —

## Soziales.

H. B. Unfallverhütung im Bergbau. Durch die in letzter Zeit sich erschreckend häufenden Schachtkürze usw. hat sich die Bergbehörde Preußens zu der Anordnung veranlaßt gesehen, daß nunmehr auf allen Becken für Kohlen, Erze, Kali und Salz die Fördereile durch je zwei Beamte vor jeder Personenförderung auf ihre Haltbarkeit geprüft werden. Das nimmt sich allerdings so aus, als sei die Regierung rasch bei der Hand, um energische Maßnahmen zum Schutze der Bergmännchen zu treffen. Darum ist es notwendig, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß diese Verordnung — so schön sie sich auch auf dem Papier ausnehmen mag — für die Praxis ohne die allergeringste Bedeutung ist. Für die Menschenförderung sind überall im deutschen Bergbau nur 1/2 bis 3/4 Stunde bei jedem Schichtwechsel zur Verfügung. Jede Minute ist ausgerechnet, damit nur rechtzeitig die Förderung des Produkts weiter geht. Jeder Betrieb ist bis zur Höchstleistung angepannt. Würde nun das Seil vor jedem Schichtwechsel wirklich geprüft, so ginge die ganze Zeit, die für die Menschenförderung gebraucht wird, allein für die Prüfung des Seiles verloren. Wohl bestand schon bisher eine Verfügung, wonach ein Beamter zur Prüfung des Seiles verpflichtet war, aber dieser eine konnte diese Funktion nicht erfüllen, einfach weil ihm dazu keine Zeit blieb. Wird den nunmehr zwei Beamten nicht eine Zeit gegeben, in der sie das Seil in allen seinen Teilen gründlich nachsehen können, so ist die Verordnung — für die Bergleute — ein Verhängnis. Erklärt sie demnach solche Verordnungen, die undurchführbar deshalb sind, weil ihnen die ganze kapitalistische Betriebsweise im Bergbau entgegensteht, so bleibt nur der Schluß, daß die Verordnung erlassen wurde, um die Öffentlichkeit zu beruhigen und ihr zu zeigen, wie exakt und gewissenhaft die Behörden den Brumen zu decken — möchten, in den das Kind bereits hineingefallen ist. Auch diese neue Maßnahme wird nicht das mindeste zur

## Fenilleton.

### Der Holzhändler.

Roman von Max Preker.

(9. Fortsetzung.)

Dulkers fuhr in seiner Erzählung fort:

„Als die Wärterin fort war, wollte er doch seine Frau ansprechen. Beider Schlafzimmer lagen nebeneinander. Er schlich sich an die Tür und klopfte. Alles blieb still. Er konnte nicht öffnen, denn von innen war abgeschlossen. So schlich er sich denn wie ein Dieb den Gang entlang, um durch die Angentür zu gelangen. Die Tür war auf. Als er hereintrat, fand er das Zimmer leer. Von draußen schaltete das Mondlicht herein, und so war es fast so hell wie am Tage. Unangenehmer Patzschuldust drang ihm in die Nase: Auf sein vieles Bitten hatte sie zwar nachgelassen, dieses Parfüm zu gebrauchen, nun schien es ihm aber, als hätte sie sich plötzlich auf einmal zehnmal dafür rächen wollen und sich nun förmlich darin gebadet. „Wo steckst Du denn?“ rief er laut. Keine Antwort. Ihm wurde unheimlich zumute. Er hatte plötzlich die Empfindung, als jauge er Leidensgeruch ein. Eine ganz unbestimmte Gefahr schwebte ihm vor, etwas Düsteres, Schreckliches. Vielleicht hat sie sich das Leben genommen, wie sie es wiederholt zu der Bäuerin geäußert hat, denkt er. Verrückte Annahmen hatte sie ja immer.“

Ein Fenster steht weit offen, sofort fährt ihm der Schreck durch die Glieder. Vielleicht hat sie sich hinausgestürzt und liegt unten. Kalter Schweiß steht ihm auf der Stirn, als er den Kopf hinausstreckt. Dann atmet er auf. Nein, sie liegt nicht unten. Wie wird sie sich auch hier hinunterstürzen, denn es geht bloß einige Fuß bis zur Erde. Da fällt sein Blick auf ihren Schreibtisch. Eine angebrannte Zigarette liegt dort, gerade so, als wäre vor einigen Minuten erst ein Herr im Zimmer gewesen. Es waren nie Zigaretten im Hause, denn weder der Mann noch seine Frau

wachte welche. Da geht ein siedendheißer Strom durch seinen Körper, der seinem Herzen einen Stoß gibt. Durch das offene Fenster sieht er den Wald, und die Wut eines wilden Tieres packt ihn. Es ist keine Täuschung — dort sieht er etwas wie ein helles Kleid schimmern und daneben eine dunkle Gestalt. Mit der Faust schlägt er sich gegen die Stirn und lacht heiser auf.

Dulkers hatte sich leicht von seinem Sitz erhoben, während aller Augen gespannt auf ihn ruhten. Als wollte er jedes Wort wie ein leidenschaftlicher Redner durch eine Handbewegung betätigen, so tippte er mit dem Zeigefinger in das Leere hinein. In dieser Verfassung fuhr er fort: „Er sieht auf ihrem Schreibtisch den Revolver liegen, den er ihr geschenkt hat. Wie durch einen kalten Wasserstrahl kommt Ruhe über ihn, aber künstliche Ruhe wie bei einem Menschen, dessen eigner Leben von den nächsten Minuten abhängt. Mit einem Schlage ist er unten. Alles ist still im Hause, nichts regt sich. Wie ein entflohener Eindringling schleicht er sich durch den Baumgarten, dann unter Obstbäumen vorüber, dem nach dem Walde zu. Er verjährt den breiten Fußweg und kriecht auf den Knien über das Strohchen Wiese. Endlich hat er eine Bude als Deckung. Er hört zärtliche Laute, die ihn an seine Frau erinnert. Worte: „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen, Geliebter, morgen abend.“ Plötzlich ist ihm, als dürte der ganze Wald nach Patzschuld. Er fällt über eine Wurzel und bekommt beide aus den Augen. Dann läuft ihm sein Weib förmlich in die Arme, von dem an dem ist nichts zu sehen. „Cherose!“ preßt er hervor. „Ja, ich habe Dich betrogen, weil ich die feigen Männer nicht leiden kann.“ erwidert sie ruhig. Da weiß er nicht mehr, was er tut. Blindlings schießt er auf sie ein, und lautlos fällt er nieder, gerade zu Füßen einer tausendjährigen Eiche, die mitten auf einer Lichtung steht. Es war ihr Lieblingsbaum, denn von hier aus pflegte sie nach der Scheibe zu schießen.“

Er beugt sich über sie. Sein Laut kommt mehr über

ihre Lippen. Kirchhofsstille umgibt ihn. Wie versteinert steht er da, eine Schandfäule zu Füßen seines Oufers. Er hörte sein Herz wie dumpfes Kanonendonner schlagen. Der Hund meldet sich, und das bringt ihn zur Besinnung. Weshalb bellt der Hund gerade jetzt, weshalb machte er sich vorhin nicht bemerkbar? Schleicht es ihm dumpf durch den Kopf. Gewiß hatte sie ihn durch irgend etwas beruhigt, vielleicht sogar eingeschläfert. Also hatte sie alles raffiniert vorbereitet. Er fühlte keine Neugier, nur wahrhaftiger Haß lag in ihm, gegen das Weib, das all seine Güte so mißbraucht hat. Nützlich aber denkt er an sein Kind und kalte Schauer durchrieseln ihn. Es wird einen Mörder zum Vater haben, und es ist unschuldig an allen. Sein ganzes Leben lang wird es darunter zu leiden haben, sein Blick wird gebrochen werden, und es wird daran zugrunde gehen. Dieses kleine, reizende Geschöpf, an dem sein ganzes Herz mit Liebe hängt! Nein, nein — so darf es nicht kommen. Vaterliche Liebe und Feigheit bringen ihn auf einen teuflischen Gedanken. Könnte sie sich nicht ebensoviel selbst erschossen haben? Wer will das wissen? Der Viehhalter ist gewiß über alle Berge, und Gott ist stumm. Er wirft einen Blick um sich — niemand ist zu sehen. Er kniet nieder und drückt ihr ihren Revolver in die noch bewegliche Rechte, wobei es ihm kalt überläuft. Dann schleicht er sich davon, mehr tot als lebendig. Als er aber sein Haus erblickt, wird er ruhiger. Er kommt fast wie ein Verbrecher vor, der den Kopf oben behalten muß. Niemand sieht ihn hineingehen, unbeachtet erreicht er sein Zimmer. Am Morgen ruhmert er sich, daß er noch lebt, denn als er im Bette lag, hatte er mit geschlossenen Augen einen Zustand, als wenn er einen merkwürdigen Abgrund langsam hinuntergeschwebt wäre, bis grauenhafte Hände ihn den Atem raubte. . . .“

Dulkers brach ab und schwieg diesmal so lange, bis der Konjul ihn ermunterte, den weiteren Verlauf der Dinge zu berichten.

(Fortsetzung folgt.)

Vermeidung der Unfallster im Bergbau. Bei dieser Gelegenheit sei der Desinfektionsmittel noch mitgeteilt, daß als nach dem Unfall am 8. April sieben Bergleute durch Streubahn zu Tode kamen — der königliche Einspänner bei der Befestigung der Seile die Beuteförderung auf dem Schacht 2 sofort verbot! Nach am Morgen war die Belegschaft mit dem Seile in den Schacht gelassen worden, trotzdem es schadhast und erst gestiftet worden war. Daran allein schon kann man erkennen, wie es mit der Sicherheit der Förderung in Bergbau bestellt ist. Würden alle Förderer und Förderer auf ihre Sicherheit und Haltbarkeit geprüft, ernsthaft geprüft, wie viele würden eine solche Prüfung wohl aushalten? —

S. Chronik der Preiderhöhen. Die Sonnen- und Regen- schirme werden um 20 Prozent verteuert. Nähnadeln und Zwirne erfahren eine 10prozentige Preiderhöhung. Trotzdem durch den neuen Zolltarif der Eingangszoll für Zitronen in Begfall gekommen ist, sollen jetzt Zitronen und Zitronen- produkte eine ganz bedeutende Preissteigerung erfahren. Begründet wird dies damit, daß die Zitronenprodukte (Limonade, Seltz usw.) in Zukunft eher wie bisher hergestellt werden sollen, wodurch die Nachfrage nach Zitronen stärker geworden sei, was ein Steigern der Preise für diese Früchte zur Folge gehabt habe. — Die Kunstausstellungen Deutschlands und Österreichs, welche sich mit der Massenherstellung von photographischen Postkarten befassen, haben auf 10 Jahre ein Kartell geschlossen zum Zwecke der Erhaltung „guter“ Preise. Gleichzeitig wurden diese um 6 bis 7 Prozent erhöht. —

Der Handel mit Kindern. Aus Friedrichshafen schreibt man: Der empörende Skandal des Verschmähens von Hüttenkindern aus Tirol und Vorarlberg an württembergische und badische Großgrundbesitzer hat in den letzten Tagen wieder angefangen. Am 14. und 15. d. sind wieder Hunderte von Tiroler Hüttenkindern per Bahn und Schiff auf dem „Kindermarkt“, wie man ihn hier allgemein nennt, angekommen. Sie wurden von fünf katholischen Geistlichen, die die Unterhändler abgeben, auf den Markt geführt, besser gesagt: getrieben, wo es, wenn ein „Gabel“ perfekt wurde, oft zu heutzutageigen Szenen kam. Die Kinder schrien und weinten dann, was ihnen aber nichts nützte. Die Kinder fürchten am meisten die Hohen, denen sie bei den Bauern, die sie mit fortnehmen, ausgehört sind. Interessant ist, wie die Kinder sich vor denjenigen Kaufleuten, von denen ihnen Hohenheiten bekannt sind, schüchtern und gegenseitig warnen. Sie machen ihnen Kreidestrichen auf den Rücken oder werfen ihnen unauffällig Stricke vor die Füße. Besonders für jene Kinder, die sich zum erstenmal auf dem Kindermarkt befinden, sind diese Zeichen von Vorteil. Manchmal spielen sich auch zwischen den Bauern die widerlichsten Szenen ab, da sie sich gegenseitig in den Schößen überbieten und die Kinder einander abjagen. Die Kinder laufen dann nicht selten davon, werden aber auf der Straße wieder eingekappt. Das alles geschieht unter den Augen der geistlichen Herren, die dagegen aber nichts einzusetzen haben. Sie haben ja auch nichts dagegen, daß den armen Kindern durch ihr Verschmähern der Unterricht in der Heimat geraubt wird, und sie bleiben ganz unbeweglich wenn die Kinder von ihren Eltern Abschied nehmen, um dem Bauern auf seinen Hof zu folgen. Am 15. d. wurden von hier an die Bauern 227 Kinder abgegeben! Zu bemerken ist, daß dieses Jahr der Verkauf der Hüttenkinder ein schwächerer ist, weil diese vielfach in der Sticker- und Textil- industrie Vorarlbergs beschäftigt werden. Ja, wir Deutschen sind eben bessere Menschen wie die afrikanischen Sklavenhändler.

### Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 22. April 1907.

Der Schwurgerichtshof wird gebildet durch den Landgerichtspräsidenten Dr. Schlotter als Vorsitzenden, den Landgerichtspräsidenten Koch und den Gerichtsschreiber Köhler als Beisitzer. Die Anklagebehörde vertritt der Staatsanwalt Born. Die Verteidigung führt der Rechtsanwalt Dr. Schmidt.

Unterschlagung und Urkundenfälschung. Die erste Verhandlung der dritten Schwurgerichtsperiode richtete sich gegen den Hausbesitzer Max Bauer von hier, geboren 1860, der der Unterschlagung und der schweren Urkundenfälschung beschuldigt ist. Der Angeklagte war in den neunziger Jahren Kassierer eines hiesigen Vereins und hatte in dieser Eigenschaft zwei Sparkastenschlüssel mit dem Vermögen des Vereins übergeben. Im Jahre 1898 geriet Bauer in Zahlungsschwierigkeiten und hob von dem Vereinsvermögen erhebliche Summen ab. Um dies zu verdecken, fälschte er ein Sparkastenschlüssel seines Sohnes, auf das 1 Mark eingezahlt war, dahin, daß es auf den Namen des Vereins und auf die Summe lautete, die auf das erste Buch des Vereins eingezahlt gewesen war.

Das erste Buch hatte die Sparkasse zurückgehalten, weil die gesamte Einlage abgehoben war. Auch das zweite Buch des Vereins war vom Angeklagten angegriffen worden und er fälschte auch dies, um scheinbar den alten Zustand herzustellen. Beide gefälschte Bücher verschickte Bauer dann mit dem Stempel „Besperet“. Die Ursache der Veruntreuungen soll Not und Krankheit in der Familie des Angeklagten gewesen sein. Derselbe war gefähig und führt nur dies zu seiner Entschuldigung an. Der Schaden ist geschätzt auf 885 Mark. Die Geschwornen bejahen nur die Fragen nach Unterschlagung und einfacher Urkundenfälschung und billigen mit demselben Umstände zu. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis. —

### Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 22. April 1907.

Geschlossene Gesellschaft oder nicht? Am 2. September 1906 hielt ein Turnverein zu Baren im Hildebrandtschen Lokale ein Sommerfest ab, an dem auch Nichtmitglieder, die mit Karten versehen waren, teilnahmen. Die Polizeibehörde nahm an, es habe eine öffentliche Tanzlustbarkeit stattgefunden, die der Genehmigung bedürftig sei, und belegte vier Vorstandsmitglieder sowie den Wirt, der auch gebildet hatte, daß die Gäste sich über die Polizeistunde hinaus veranlassen, mit Geldstrafen. Das Schöffengericht in Genthin stellte am 7. Januar d. J. fest, daß nur ein Vereinsvergüteter abgehalten worden sei und erkannte auf Freisprechung. Die Berufungskammer erachtete dagegen auf Grund des Vereinsergebnisses für erwiesen, daß es sich um eine öffentliche Tanzlustbarkeit gehandelt habe, hob deshalb das Urteil auf und verurteilte die vier Vorstandsmitglieder zu je 10 Mark Geldstrafe. Die Berufung der Staatsanwaltschaft betreffs des Wirtes wurde verworfen.

Körperverletzung und Beleidigung. Das Schöffengericht verurteilte am 27. Februar d. J. 1. den schon öfter bestrafte Arbeiter Julius Kranich hier, geboren 1867, wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung in drei Fällen zu 3 Monaten Gefängnis, 2. den Arbeiter Friedrich Thunede hier, geboren 1874, wegen Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe ev. 4 Tagen Gefängnis. Dem Beleidigten wurde auch die Publikationsbefugnis in der „Magdeb. Ztg.“ zugesprochen. Der Vorfall ereignete sich am 19. November v. J. auf der Straße, als die Angeklagten mit ihrem Rollwagen den Handwagen des Arbeiters Friedrich Thunede freizogen. Nach einem Wortwechsel schlug Kranich den Thunede mit der Peitsche und beleidigte mehrere Personen, während Thunede ebenfalls schimpfte. Später beleidigte Kranich auch den Schuttmann. Die eingeleiteten Verurteilungen wurden verworfen.

Bilddieberei. Der Produzent Friedrich Raumann zu Breitenhagen legte im Dezember 1906 in dem Jagdwirt des Amtsrats Elsner zu Groß-Rosenburg Jagdschlitten und Stahl am 19. Dezember angeblich drei von dem bestellten Jagdaufseher geschaffene Hosen, die in einem Versteck lagen. Das Schöffengericht in Aken verurteilte den Angeklagten am 14. März d. J. wegen beider Straftaten zu 15 Tagen Gefängnis. Die Berufungskammer stellte nur das Jagdvergehen fest, hob deshalb das Urteil auf und belegte den Angeklagten mit 100 Mark Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis. Von der Anklage des Diebstahls erfolgte Freisprechung. —

Diebstehlen. Der Hausdiener Karl Waltherr zu Salbe a. S., geboren 1885, war im Februar d. J. stellenlos und schlich sich nachts wiederholt in Hotels, wo er nächtigte. Einen Kellerknecht versuchte er zu bestechen, wurde aber vor der Tat unter dem Veit verstreut vorgefunden. Einem Hausdiener stahl Waltherr einige Zigarren und ein Paar Strümpfe, wurde dabei erkannt und festgenommen. Einem Hotelbesitzer hatte Waltherr eine Pferdedecke gestohlen. Die Kammer erkannte wegen dieser Straftaten auf 3 Monate Gefängnis. —

Für 1,50 Mark drei Monate Gefängnis. Der vorbestrafte Arbeiter Friedrich Härtling hier, geboren 1880, stahl am 20. Februar d. J. seinem Arbeitgeber neun Gummiplatten im Werte von 1,50 Mark und erhielt deswegen 3 Monate Gefängnis. —

Schwindelei. Der vorbestrafte Schneidergeselle Otto Krüger aus Mainz, geboren 1873, erschwindelte sich im August 1906 von der verehelichten Kirchenermeisterin Winkler zu Aken unter Vorpiegelung falscher Tatsachen 32 Mark Darlehen und stahl ihrer Tochter 4 Mark. Der gefändigte Angeklagte erhielt, da wiederholter Nachfall vorliegt, 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. —

Ein schlechter Werber. Der vorbestrafte Schächtlemeister Paul Steffen aus Leipzig wollte für den Rammereiter Krieger zu Salbe a. S. zu den von ihm anzuführenden Kanalarbeiten 30 Arbeiter beschaffen und ließ sich 57 Mark für Reisetage zahlen, verbrauchte aber das Geld für sich. Das Schöffengericht erkannte am 29. Januar d. J. wegen Unterschlagung auf 4 Wochen Gefängnis. Die eingelegte Berufung wurde verworfen. —

### Bereine und Versammlungen.

Böttcher.

Die am 20. April im „Sachjenhof“ tagende Versammlung des Zentralvereins der Böttcher war sehr gut besucht. Der Vorsitzende gibt bekannt, was uns veranlaßt hat, die Sitzung im

„Sachjenhof“ abzuhalten, anstatt im alten Lokal. Der Vorsitzende ersucht um Vorschläge; es kommen die Lokale von Stübenfeld und Heße in Frage. Die Versammlung entschied sich dahin, den „Sachjenhof“ beizubehalten, da der Wirt sich bereit erklärt hat, die Vereinsgeschäfte zu übernehmen. Da die laufenden Unkosten gestiegen sind, wurde eine Ertragssteuer von 5 Pfg. pro Woche eingeführt. Wegen der Maifeier wurde beschlossen, daß die Kollegen, die ohne Schädigung die Arbeit haben lassen können, sich morgens 9 Uhr im „Sachjenhof“ einzufinden haben, auch sind 50 Pfg. vom Arbeitsverdienst abzuführen. Hierauf wurde die Wahl von Vertrauensmännern vollzogen. Dem Schluß wurde noch berechtigte Klage geführt über die Handlungsweise des Böttchereisters und Fassbändlers G. Gerloff, der wohl Arbeitskräfte braucht, jedoch an hiesigen Klagen anständige Kollegen nicht einbellen will, sondern nur fremde Zuzereife. Die Versammlung beauftragte eine Kommission, die bei Herrn Gerloff in dieser Sache vorstellig werden soll. —

Maurer.

Die Generalversammlung der Maurer, Zweigverein Magdeburg und Umgegend, tagte am 21. März im „Luisenpark“. Vor Eintritt in die Tagesordnung erließ die Versammlung das Andenken an den verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Sitzen. Ebenfalls das Andenken des Genossen J. Murr, dem der Vorsitzende einen kurzen Nachruf widmete. Zur Maifeier teilt Kollege Brüggemann mit, daß der Zweigvereinsvorsitzende in seiner Sitzung beschlossen hat, den Kollegen zu empfehlen, den Maiertag, wie im Vorjahre, durch rege Beteiligung zu feiern. Von verchiedenen Kollegen wurde jedoch verlangt, den insolge der Maifeier ausgesparten Kollegen Unterstützung zu zahlen, und wurde auch ein dahingehender Antrag angenommen. Die Kollegen Brüggemann, Pahn und Richter erinnerten aber daran, daß wir nur den Unternehmern einen Gefallen täten, wenn wir unsere Kasse mit der Unterstützung belasteten. Auch können viele Kollegen in dem Augenblick für sich arbeiten ausführen, nicht zu unserm Schaden, sondern zum Schaden der Unternehmung. Nach langem Hin und Wieder wurde der Antrag, die Resolution insres-Verbandstages anzunehmen, mit großer Mehrheit angenommen. Sie lautet: „Der 8. Verbandstag der Maurer Deutschlands macht es seinen Mitgliedern zur moralischen Pflicht, soweit es ohne Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen möglich ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Als Schädigung wirtschaftlicher Interessen ist die Einbuße des Arbeitslohns für den Feiertag nicht anzusehen. Mittel der Hauptkassen dürfen zur Durchführung der Maifeier und zur Unterstützung Gemahregelter und Ausgesperrter nicht verwendet werden.“ An den Kollegen liegt es nun, die Maifeier zu einer imposanten zu gestalten, Mann für Mann muß es heißen: Wir feiern den 1. Mai den Unternehmern zum Trotz. Auf Antrag wurden die übrigen Punkte zurückgestellt und dann über die Anstellung eines zeitigen Organen verhandelt. Dazu gibt Kollege Schläpke einige Erläuterungen. Die Mitgliederzahl ist auf 1906 Mitglieder gestiegen. In den umliegenden Bezirken muß etwas getan werden, noch viel muß agitiert und organisiert werden. Ebenfalls müssen die Löhne dort erhöht werden, der Tarif geht zu Ende und die Löhne sind noch nicht annähernd erreicht. Auf den hiesigen Werten sind so viel Mängel und Schäden zu beheben, es kann aber nicht eingegriffen werden, da es an Zeit fehlt. Außerdem sind die Korrespondenzen so reichhaltig, der schriftlichen Arbeiten so viele geworden und der Verkehr im Bureau so reger, daß das Bureau nicht geschlossen werden kann. Die Außenarbeiten können aber nicht liegen bleiben, und es ist notwendig, eine zweite Kraft anzustellen. Die Debatte hierüber zog sich so in die Länge, daß die Versammlung vertagt werden mußte, da die Zeit vorgeschritten war. —

### Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgeschickt. Besprechung, verzeichnet.  
Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist heftendes 29. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Summa cuius. Der Arbeiterdeputiertenrat und die Revolution. Von Trojki (Petersburg). Der Londoner Straßenschatz und die Märzwahl. Von H. Rothstein (London). Positive Lehren der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung. Von Hermann Wittenbühr. (Fortsetzung.) Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. (Fortsetzung.) Literarische Rundschau: The Socialist Annual for 1907. Von K. G. Salvatori. Le capitalisme dans le monde antique. Von K. K. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. —  
Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Schäfermann.

### Streng, aber gerecht.

Erinnerungen aus der Kaserne.

Nicht leiden möchte ich den Kaiser Michel, den Kaiser des Kaiserreichs, nicht. Wenn er mir auf dem Gange der Kaserne begegnete, mit den Wasserstrahlen für die Fein-Feinwässer in der Hand über den gereinigten Kommandoständen des Wize über dem Aker, dann grüßte er höflich, und alle seine Gesichter für mich inagenerierte er in das ein: „Lutz und benachteiligt hervor-gehobene Wort „Preis!“

Für den guten Dankensdacht Michel aus Niederbach, der von Pfluge weg in der Kaserne seine erste Fremde absolvierte, war der Preuze noch der Subjekt aller Niedertracht. Nach seiner unanpasslichen Ueberzeugung, die vor der Mehrzahl seiner Landsleute geteilt wurde, kamen die Kommandanten nur nach Bahren, um sich unbedeutend zu zeigen und dann in der bayrischen Kaserne als Unteroffiziere die Ehre des Landes zu schenken und zu maßen. Das letzte trat leider zu, wie ich während meiner Dienstzeit oft genug erfahren habe.

Mein Freund war Michel also nicht, aber das geteilen nie auseinander, denn Michel wurde im zweiten Jahre und wurde seinen zum kleinen Dienst herangezogen, und ich war Kaserne und hatte alle Reiben eines solchen durchzuführen.

In bayrischen Kaserne läßt man damals infanter eine weiße Sparzeit, daß man bei der dreijährigen Dienstzeit den Mannschaften sehr lange Urlaub bewilligte. Oft bis zu fünf Monaten für Leute im zweiten und dritten Dienstjahre. Ein noch größerer Teil wurde nach zwei Jahren zur Disposition gestellt, bei guter Führung oder wenn jemand erst im zweiten oder dritten Dienstjahre eingekleidet worden war. Die Offiziere und Feldwebel schickten regelmäßig immer auf die Entlassung nach zwei Jahren, und Michel ganz besonders. Willst du habe er ein Bewußtes im Dage, die die Zeit nicht erwarten konnte, mit ihm verzeihen zu sein.

So war er denn einmal krank, mußte Sichel und Stiefel, hatte Holz für die Küche und brückte sich beim ersten Dienst, weil das Lager ungesund war. In jedem Morgen wachte er von der Dienstzeit einen Tag ab. Parole 100 Tage, Parole 50 Tage, und so weiter. So sah man er dann überzeugt, daß im September

seine Dienstzeit um sei, daß er jede andere Möglichkeit außer allem Betracht ließ. Und doch sollte es anders kommen.

Im Sommer 189. wurde die Kompanie durch eine seltsame Kunde überträgt. Der Kompaniechef hatte sich in einem Schützengraben erschossen. Man erzählte, er habe das Vermögen seiner Frau im Betrage von 200 000 Mark verpfändet und deshalb seinem Leben ein Ende gemacht. Der Mann war uns fast fremd geblieben. Er war ein alter Gaußling, die Mannschaft jagte von ihm, er „hüme“ auf den Major, d. h. er bereitete sich auf sein bevorstehendes Abanement vor und kümmerte sich nur noch wenig um die Kompanie, in der die Herren Unteroffiziere und Feldwebel schalteten und wählten, wie sie mochten.

Dann kam der neue Chef, der die „berühmteste“ Kompanie natürlich zur Reize bringen mußte. Es regnete Arreststrafen und Strafgebote an Sonntagnachmittagen, bis der „passive Widerstand“ gebrochen war.

Der neue Hauptmann gehörte zu jenen korrekten Naturen, die sich als streng, aber gerecht bezeichnen. Hatte sich der vorherige Hauptmann zu wenig um den Status der Truppe kümmern, so tat der neue des Guten viel. Er war der Heberall und Ringend, sah insbesondere den Unteroffizieren schief auf die Finger, so daß die Mannschaft bald bemerkte, daß sich mit dem neuen Herrn ganz gut arbeiten ließ. Besonders Wert legte er auch auf die Auswahl der Unteroffiziere und Gefreiten, die zum größten Teil den älteren Jahrgängen entnommen werden mußten, weil in Bayern die Zahl der Kapitulanten nur gering ist. Es steht in dem Volke dort nach viel Liebe zur Freiheit und zur heimlichen Seele, ein Ueberangebot von Leuten, die sich als Stellvertreter Gottes berufen fühlen, findet so leicht nicht statt.

Das sollte meinem Michel zum Verhängnis werden. Der Hauptmann hatte den staltlichen, gut gewachsenen und intelligenten Darfles zum Reiterbienen bestimmt, und als Ende September die Dispositionsarbeiter von Michels Jahrgang auf dem Kasernenhof fanden, in den Krachenden Hosen und im kurzen Jackett, da war er nicht dabei, sondern hatte mit den Gefreiten auf dem Kragen in der Kamme und schickte nach auf Maß, die heiße Gargel hinunter. Der Geist des braven Gefreiten aber hing wieder hinauf und bewachte das gequälte Hirn, des so bitter Enttäuschten noch mehr. Er kämpfte tapferlich und bew-

schwor sich hoch und teuer, daß er dem Hauptmann dem Gefreiten net mache, mei Urlaub han i z'verlange und sonst nig Feindlichkeiten übereinand“.

Am Abend strich der Michel über den Zaffen und bekam dafür nebst einem Sad voll Ermahnungen die üblichen drei Tage Mittelarrest. Kaum war er frei, stieg er nach zum Fenster hinaus, wurde erwischt und wanderie acht Tage ins Koch. Bei der dritten Strafe wurde er die verhassten Strafe los, aber in Urlaub kam er nun nicht mehr. Er legte es mit allen Mitteln oft in der unsinnigsten Weise darauf an, in Strafe zu kommen, um den Hauptmann zu „ärgern“. Er war offenbar einer feigen Idee verfallen, geistesverwirrt, niemand aber kam an den Gedanken, den Unglücklichen in ärztliche Unterweisung zu geben, und niemand stand ihm mit Rat und Tat zur Seite.

So ging er ins Verberben, halb taumelnd, bis er wurde er gestochen. Strafe folgte auf Strafe, Kompanie, Bataillon, Regiment strafen mechanisch darauf los. Zufolge der wegen Nachvergehens vier Wochen strengen Arrest. Das heißt, kann man vielleicht beurteilen, wenn man weiß, daß bei jenem Arrest die Zelle verbunkelt ist, daß die Strafe nur aus Wasser und Brot besteht und daß nur am dritten oder vierten Tage ein sogenannter „guter Tag“ eingetrigt wird, an dem der „Geräderte“ und „Gefleudete“ warme Bettstagen und Strohsack und Dede erhält.

Als er diese Folter überstanden hatte, war er fertig. Am Tage seiner Entlassung zeigte er mir die Hände, die er mir schenkte, die Gesichtshaut war zusammengeschrumpft, in der Nase fladerte es unruhig. „Ja, da schau dir, wie's mi z'kommen ist“, haben.“ Wenige Tage später wurde er in das Lazarett eingeliefert. Er hatte eine Gehirnhautentzündung davongetragen und er nach kurzer Krankheit erlag.

Den Strapazen des Arrestes war er nicht gewachsen, an der eisernen Mauer der Disziplin, an der Verschämtheit der Schöblenmenschen in Uniform hatte er sich den Schädel zerquetsert.

Ein Mann weniger, was will das sagen. Streng, aber gerecht waltete der neue Hauptmann seines Amtes, und

Suchen ist die Nummer 14 der „Kommunalen Praxis“ erschienen. Aus dem Inhaltsverzeichnis hebt wir folgendes hervor: Die Schulaufsicht in Preußen. — Schenkungssteuer in Preußen. — Steuerprivileg der Beamten. — Bergwerkssteuer. — Krankenpflegerinnen für die Duffeldorf. — Erbauung von Schulhäusern. — Zentralstelle für Wohnungsreform in Desterreich. — Betriebskrankenkasse der Stadt Dresden. — Arbeiterverhältnisse in Pforzheim. — Rindliche Armenfürsorge. — Verzichtigung der Kostländer. — Leipziger Kanalfrage. — Verwaltungsprozess und Rechtsmittel in Verwaltungssachen. — Kommunalsteuerfreiheit und Wahlrecht der Volksschullehrer. — Groß-Berliner Hundschau. — Groß-Berlin. — Prämierung muster-gültiger Hausfassaden. — Moderner Städtebau. — Organisation der Staats- und Gemeindefürsorge in Hamburg-Altona. — Brandversicherung im Großherzogtum Sachsen-Weimar. — Probenummern werden gratis vom Verlag der „Kommunalen Praxis“, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, verhandelt.

Der Kulturkampf der Kirche. Von Paulus Saulus. Verlag von Rudolf Kraut, Dresden 1907. 75 Pfg.

Paul Vangenscheidt, Neue kleine Eva. Verlag bei Dr. F. Vangenscheidt, Berlin-Groß-Schierfeldstr. 11.

Der Süddeutsche Postillon erschien im Matenschnitt, ein bu-  
kelt dufziger Schneeglöckchen; er selbst, einzig und allein mit der phry-

gischen Mütze geschmückt, kündigt der Welt sein lustig Steben. Die Nummer 9 ist zweifach und kostet nur 10 Pfg. Sie ist durch alle Zeitungssträger und Buchhandlungen, auch durch den Verlag von W. Ernst in München zu beziehen.

Suchen erschien Nr. 4 des Simplicissimus. Preis pro Nummer 30 Pfg. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag, G. m. b. H., in München.

**Wasserstände.**  
+ bedeutet über, — unter Null.

Haupt- und Saale.		Mulde.	
21. April	22. April	21. April	22. April
Straußfurt	+ 1.95	+ 1.90	0.05
Weißfels Untp.	+ 1.30	+ 1.20	0.10
Trotha	+ 2.80	+ 2.70	0.10
Miesbach	+ 2.55	+ 2.48	0.07
Vernburg	+ 2.09	+ 2.00	0.09
Salbe Oberpegel	+ 1.94	+ 1.88	0.06
Salbe Unterpegel	+ 2.00	+ 1.92	0.08
<b>Mulde.</b>			
Deffau			
Muldenbrücke	21. April + 1.60	22. April + 1.51	0.09

Mer, Eger und Rotten.		Eibe.	
20. April	21. April	20. April	21. April
Frankfurt	+ 0.50	+ 1.48	+ 1.40
Leipzig	+ 1.35	+ 1.68	+ 1.60
Budweis	+ 1.05	+ 1.95	+ 1.78
Prag	+ 1.70	+ 1.73	+ 1.57
<b>Elbe.</b>			
Baruth	+ 0.88	+ 2.05	+ 2.05
Brandeb.	+ 3.34	+ 3.20	+ 3.20
Melitz	+ 3.10	+ 3.70	+ 3.70
Wittenberg	+ 3.32	+ 3.28	+ 3.28
Küstzig		+ 3.15	+ 3.15
Dresden		+ 2.95	+ 2.95
Lörrgau		+ 3.79	+ 3.79
Wittenberg		+ 3.52	+ 3.52
Witzkau		+ 3.28	+ 3.28
Schönebeck		+ 3.18	+ 3.18
Magdeburg			
Zangermünde			
Wittenberge			
Broda-Deutz			
Launburg			

**Amerik Brillant Glanz-Stärke**  
mit Schutzmarke



**Globus**  
gibt die schönste Plattwasche

Gebr. Perren u. Damerow  
str. 10, Berge, Leipzig, 10a

Handwag. u. vert., Reparaturen,  
fertige Räder. Heiligegeiststraße 26.

**Ausverkauf**  
wegen Umzug!  
Gewähre trotz der billigen Preise  
10 Prozent Rabatt.

**Einziges Uhrengeschäft**  
in Magdeburg und  
Vorstädten, welches  
Uhrschlüssel 5 Pf.  
Uhrbügel 10 Pf.  
Uhrzeiger 10 Pf.  
Uhrzapfen 15 Pf.  
u. Uhrgläser 20 Pf.  
liefert 3953

**Alfred Scholz**  
Neustadt, Lübeckerstraße 16.  
Som 1. Oktober an befindet sich  
mein Geschäft Lübeckerstr. 22a.

Von meiner bekanntlich höchst-  
prämiierten Spezialzucht empfehle:  
**Bruteier Stück 50 Pfg.**  
**Neuste Zuchtichtung.**  
**Winorka-Züchterei**  
**Walter Hesel**  
Magdeburg - Wilhelmstadt  
4075 Schrotestraße 56.

**Auktion**  
Alle Gegenstände werden  
zur öffentl. Versteigerung  
jederzeit ausgenommen.  
**Berthold Wolff**  
Auktionator  
Schwertfegerstraße 14.

Heute und folgende Tage  
verlaufe ich  
**Sommer-Paletots**  
**Herrn-Jackett-, Geb-  
rock- und Rock-Anzüge,**  
**Jünglings- und Knaben-Anzüge**  
einzelne Jacketts, Westen  
und Westen sowie  
famill. Arb.-Garderobe,  
ferner große Posten  
**Braune Herren-, Damen-  
und Kinder-Stiefel** sowie  
famill. Sorten Schuhwaren  
zu außergewöhnlich billigen  
Preisen. 4013

Es gelangen nur Waren in  
den besten und reellsten  
Qualitäten zum Verkauf.  
**B. Wolff**  
Partiwaren-Haus  
Schwertfegerstr. 14.

So wird SOLO verpackt!



**SOLO in Carton.**

feinste Beikates - Margarine, von  
Naturbutter nicht zu unterscheiden,  
aber fast um die Hälfte billiger!

Die Verwendung von SOLO in Carton bedeutet  
also für den Haushalt eine große Ersparnis!

Verlangen Sie deshalb ausdrücklich SOLO in Carton.  
Überall zu haben!

SCHUTZ-MARKE

**Wenig gebrauchte Nähmaschinen**  
zum Preise von 25-60 RM.

**Neue Nähmaschinen** aller Systeme  
unter Garantie  
in billigster Preislage.

**A. Rose, Breiteweg 264.**  
(Scharnhorplatz).  
Bestes seit 1865 besteh. Geschäft d. Branche.  
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen  
aller Art zu billigsten Preisen. 576

**Selma Andersson**  
Inh.: Selma Typky  
**Schmidtstrasse 47**  
Grosse Auswahl in  
**Damen- und Kinderhüten**  
ausserst geschmackvoll bei billigsten  
Preisen  
3548

(Ich bitte um Besichtigung meiner Anstellung)  
Modernisieren schnell und preiswert!

**Sport- u. Kinderwagen**  
**Sitz-Liegewagen**  
**Auf Abzahlung!!**  
schon von 2 Mark Anzahlung an  
Abzahlung so bequem wie möglich.

**A. Friedländer**  
**Breiteweg 118.**  
Kredit nach auswärts an jedermann.



Spezialer 581  
**Größtes Lager**  
in  
**Möbel- und  
Dekorationsstoffen**  
**Matrazendrehen**  
**= Gardinen =**

**Rouleaus, Teppichen**  
**Gardinenstangen**  
in Messing, Nussbaum, Mahagoni,  
Eiche, Birke.  
**Markisen-Einrichtung**  
mit selbsttätiger Hebelvorrichtung.  
**Markisen-Leinen**  
reichste Auswahl, zur größten Marise  
ohne Naht.  
**Polster-Material.**  
**Polster-Gestell-Fabrik**  
ca. 700 Lager

**Jetzt wird es Zeit!**


Alb. Brennecke Sudenburg  
Ecke Westendstr.



Ihre Fahrräder instand setzen zu  
lassen. Falls Sie irgendwelche Re-  
paraturen ausführen lassen wollen,  
so wenden Sie sich an unsere Firma  
welche Ihnen für prompte, gute und  
auch billige Bedienung garantiert  
Pneumatikreifen i. Gr. v. 3 Mt. an  
Neue Räder von 58 Mt. an, v. G.  
Motor-Räder, neu und gebraucht,  
Gebrauchte Räder v. 10 Mt. an,  
Suffschläuche von 2 Mt. an.  
Alle Zubehöreteile spottbillig.  
Kulante Abzahlungen.

**Albert Brennecke, Sudenburg**  
Ecke Westendstr., Fernsprecher 1930

Unerreicht an Wohlgeschmack



**SAFY 23**  
Gigarette.

Gigarettenfabrik TOMA Dresden, gegr. 1876.

**O. E. Müller**  
Spezialgeschäft für Polster- und  
Dekorationsstoffe.  
Geschäfts- und Lageräume  
18 000 Quadratfuß.  
Magdeburg, 6 Georgenstraße 6  
Ecke Ruffstraße.

**Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!**  
Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die  
Zuherate in heutiger Nummer!

**Wer streichen will**  
kauft die dazu nötigen  
Lacke, Farben, Pinsel usw.  
am billigsten und besten bei  
**Erwin Prango,**  
erstes Spezialhaus dieser Branche.  
Berliner Strasse 29.  
3685

**Franz Stute**  
4033  
Magdeburg-Buckau

Zum Pfingstfest empfehle  
Stroh Hüte, farbige Hemden und  
farbige Garnituren, Kragen, Man-  
schetten, Unterzeuge, Krawatten,  
Daukschuhe, Spazierhüte, weiße  
Westen, Taschentücher, Damen-  
Regenschirme mit farbigen Ranten.

**Zahn-Atelier**  
Richard Sass 77  
Nr. 56 Breiteweg Nr. 56  
Fernsprecher 4403

Kellnerin geschaltet.  
Woche! 1. April, monatl. 4 Mark  
(ohne Preisbefreiung).  
Strenge Disziplin zugesichert.

**Japanischen Schmuckes.**  
Ebenholz, Elfenbein, Porzellan,  
Kupfer, Silber, Gold-Fingerringe,  
Gehör- und Brillen.  
Schnell und preiswert.

Suchen erschien in unserm Verlag:  
**Ignaz Auer-Postkarte**  
nach neuester Anordnung in Form  
Bildband, 100 Seiten, 3 Mt.  
Rauh & Pohl, Leipzig 118.

**Time** (Hessing) empfiehlt  
Time-Siegel, 100 Seiten, 3 Mt.





Stuttgart, 23. April. (Schwarze Pocken.) Das „Stuttgarter Tagblatt“ brachte am Samstag die sensationelle Meldung, daß ein hiesiger russischer Arbeiter an den schwarzen Pocken erkrankt und im hiesigen Krankenhaus untergebracht sein solle. In dieser Form ist die Nachricht nicht richtig. Wichtig ist nur, daß bei einer auswärts beschäftigten Kolonne russischer Arbeiter ein Erkrankungsfall vorgekommen ist, der Verhältnißlichkeit mit schwarzen Pocken aufweist. Deshalb wurde im hiesigen Krankenhaus alles vorbereitet, um gegebenenfalls die ganze aus zehn Personen bestehende Kolonne aufzunehmen. So wurden auch die betreffende Schwester und der Krankenpfleger eingepflegt. Von den Russen ist aber niemand im Krankenhaus eingeliefert — ein Beweis, daß eine Erkrankung an schwarzen Pocken nicht vorgelegen hat. Um so besser.

Stuttgart, 23. April. (Schrecklicher Tod.) Der sechs-jährige Sohn des Arbeiters Göbde, Bismarckstraße 10, stürzte aus dem Saufenfenster der dritten Etage in den Hof hinab. Seine Verletzungen waren derartig schwere, daß er nach einer Stunde verstarb.

(Die Mafie) scheint in diesem Jahre einen noch beträchtlichen Umfang annehmen zu wollen, als im Vorjahre. Sie gewinnt auch hier immer mehr Sympathie und die ganze zielbewußte Arbeiterschaft wird sich immer mehr der Bedeutung dieser Demonstration bewußt. Deshalb wird auch die Zahl derer, die den Tag durch Arbeitsruhe feiern, eine beträchtlichere sein als jemals vorher. Zu bedauern ist, daß die Holzarbeiter infolge des schweren Kampfes, den ihre Kollegen führen, an der Arbeitsruhe nicht teilnehmen können. Sie werden aber einen erheblichen Teil des an diesem Tage verdienten Lohnes den ausgepöbelten Kollegen zukommen lassen.

### Vermischte Nachrichten.

\* Ein angenehmes Haus gibt es in Wiesloch im Großherzogtum Baden. Es ist nicht durch Verschulden des Hausbesizers oder der Mieter, sondern durch seine Eigenmächtigkeit zu einem Ruine gelangt, der weit über das kleine badische Städtchen hinausgeht. Das Haus ist nämlich ganz elektrisch und wer sich darin aufhält, ist der Gefahr ausgesetzt, vom elektrischen Strom erschlagen zu werden. Schon mehrmals erlebten die Hausbewohner so unangenehme Abenteuer, daß sie es vorgezogen, die schier verzauberten Räume zu fliehen. Greift dort jemand eine Birne der elektrischen Beleuchtung an, so erhält er einen starken Schlag. Dasselbe ist der Fall, wenn er die Wasserleitungsrohre berührt. Besonders gefährlich ist es aber, wenn Gewitterwolken über dem Orte stehen. Dann gehen elektrische Entladungen durch die Zimmer, wodurch mehrmals Leute in ihrer Wohnung verletzt wurden. Sie glauben, der Unheilbringer verursacht diese Erscheinungen. Als man ihn aber abnahm, wurden die elektrischen Schläge noch häufiger und heftiger. Auf Verreiben der geängstigten Mieter, die den Haus-eigentümer auf diese Zustände aufmerksam machten, verlegte dieser das elektrotechnische Unternehmen, das die Installation besorgt hatte, auf Ver- sichtigung der fehlerhaften Anlage und Besehung der Mängel, die erst seit der Einleitung des elektrischen Lichtes aufgetreten waren. Der Ver- treter des verklagten Unternehmens stellte jedes Verschulden in Abrede. Er behauptete, wegen der eigenartigen Bodenverhältnisse träten in den Leitungen dieses Hauses Induktionsströme auf, gegen die man ohn- mächtig sei. Wahrscheinlicher aber ist es, daß die Leitung schlecht iso- liert wurde. Sind die Mauern feucht, dann tritt der Strom auch in diese ein, so daß jedes Stück Metall in der Wand stromauswendig und gefährlich werden kann. Ein Beweis dafür ist ein Vorfall, der im vorigen Jahre in Wien eintrat. Damals wurde ein Dienstmädchen im Baderaum durch einen vagabundierenden elektrischen Strom getötet. Das badische Haus, in dem sich solche Sputzgeschichten ereignen, scheint noch gefährlicher zu sein.

### Kleine Chronik.

Die Silberdiebstähle der Fürstin Wrede. Aus Gütrow wird berichtet: Das hiesige Landgericht, das die Untersuchung gegen die Fürstin Camilla Wrede wegen der bekannten Silberdiebstahlsaffäre führt, hat jetzt auf Grund ärztlicher Gutachten auf Einstellung des Verfahrens erkannt. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, daß die Fürstin, die schon seit sechs Jahren Zeichen „geistiger Störung“ gezeigt hat, bei Begehung der Silberdiebstähle sich in einem Zustande befunden habe, der „jede freie Willensbestimmung ausschloß“. Die Fürstin befindet sich gegenwärtig in einem Sanatorium in Auteuil bei Paris. Die von ihr jahrelang betriebene „Sammlung“ von fremden Silberfachen wird also eine gerichtliche Sühne nicht finden.

### Die Genickstarre.

Die Genickstarre gewinnt von Woche zu Woche größere Aus- dehnung, und zwar besonders in den westlichen preussischen Provinzen, während im Osten in der früher so stark heimgesuchten Provinz Schlesien sich allmählich günstigere Verhältnisse zeigen. Seit dem Beginn des epidemischen Auftretens der Genickstarre, den man auf die Mitte des Monats November 1904 setzt, bis Ende März d. J. betrug die Zahl der Erkrankungen in Preußen 6314, von denen indessen 3578, also etwas mehr als die Hälfte, allein auf das Jahr 1905 entfielen; 2095 kamen auf 1906 und 617 auf die ersten drei Monate von 1907. Das laufende Jahr begann mit 10 bis 20 Erkrankungen wöchentlich im ganzen Staate, um in fast gleichmäßiger Steigerung Mitte März schon auf 79 anzu- wachsen; dann ergaben die beiden folgenden Wochen 64 und 76 Er- krankungen, bis in der ersten Aprilwoche nach amtlicher Feststellung 114 zu verzeichnen waren. Nach dem Vorgange 1905 und 1906 ist anzunehmen, daß der Höhepunkt hiermit noch nicht erreicht ist. Die Sterblichkeit an Genickstarre scheint erfreulicherweise abzunehmen; während im Jahre 1905 noch 70 Prozent aller hieran Erkrankten starben, ist der Anteil inzwischen auf 44 Prozent gesunken.

### Etwas für den „Simplicissimus“.

Ein Vordellwirt in Augsburg bezog von einer großen Wein- firma ein größeres Quantum Wein. Als der Vordellwirt nicht zur rechten Zeit bezahlte, wurde er verklagt. Das Amtsgericht in Augsburg wies durch Urteil die Klage aber zurück mit der sehr interessanten Be- gründung, die Weinfirma sei zu der Forderungsklage nach dem Gesetz nicht berechtigt, weil sie den Wein „zu unbilligen Zwecken“ geliefert habe. Würde dieser Grundsatz von allen Behörden angenommen, dann würden die Vordellwirte auch keine Steuern zu bezahlen brauchen, weil dieses Geld ja auch durch „unbillige Zwecke“ verdient worden ist. — Die nächste Instanz hat allerdings den Vordellwirt zum Zahlen verurteilt.

### Ein Terrier als Lebensretter.

Als in Köln ein Herr mit seinem Forderter spät abends heim- ging, blieb der Hund an einem Schutthaufen stehen und winselte und scharte und war nicht zum Verlassen des Platzes zu bewegen. Man wühlte den Schutthaufen auf und ließ bald auf den Körper eines etwa 3 Monate alten Kindes, das noch schwache Lebenszeichen gab. Nachdem man dem Kind den Schmutz aus dem Mund und der Nase entfernt hatte, wurde es nach dem Hospital gebracht. Dort erholte sich das Kind vollständig. Die Mutter des Kindes war noch nicht zu ermitteln.

### Tolle Hunde.

Eine Masseneinführung in die Berliner Tollwutstation hat dieser Tage stattgefunden. Die Patienten stammen aus München- Gladbach und aus der Kolonie Waldensberg bei Wächtersbach (Regierungsbezirk Kassel). In München-Glabbad wurde eine große tollwütige Dogge von einem Polizisten erschossen, nachdem sie sieben Personen angefallen und durch Bisse mehr oder minder schwer verwundet hatte. Alle sieben Verletzte sind auf Kosten der dortigen Polizeiverwaltung zur Schugimpfung nach Berlin geschickt worden. In der Kolonie Waldensberg wurde die Familie Schmitt, bestehend aus sieben Personen, von einem tollen Hunde gebissen. Ueber München- Gladbach ist die Hundeporre verhängt. Infolge dessen kann die für den 8. und 9. Mai angelegte internationale Hundausstellung nicht stattfinden.

### Gelöbst.

Montag mittag wurde dem Rangierer Robert auf dem Güter- bahnhof zu Halle a. S., als er einen Drenschluch unter die Räder

des Schienenwagens legen wollte, von dem Hintern der Kopf glatt ab- geschnitten. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe und vier Kinder.

### Kuto-Olyer.

Das Automobil des Kaufmanns Weder zu Dresden überfuhr vor dem Ausstellungspalast das Arbeitergehäupr Wöder. Die Frau ist tot, der Ehemann wurde tödlich verletzt. Er wurde ins Krankenhaus geschafft. Der Chauffeur erlangte sich aus Bergweisung auf dem Grundbesitz seines Arbeitgebers.

### Die Geliebte des Ministers.

Die Schauspielerin d'Allemagne, die vor einigen Monaten den früheren französischen Finanzminister Reziou durch einen Revolveranschlag leicht verwundete, wurde vom Schwurgericht zu Paris freigesprochen.

### Gouverneur v. Puttkamer als Passfalscher.

Die Reihe der zahlreichen Kolonialprozesse, die nun endlich Klarheit darüber bringen sollen, was an den bekannten „Fällen“ wahr und was erfunden ist, wird am Donnerstag mit dem Prozeß gegen den zur Disposition gestellten Gouverneur von Kamerun Josto v. Puttkamer vor der kaiserlichen Disziplinarkammer in Potsdam eingeleitet werden. Die Verhandlungen gegen den Legationsrat Dr. Bumiller, den Gouverneur Horn und Wistuba, sowie Privatbeleidigungsprozesse Dr. Karl Peters gegen die „Kölnische Zeitung“ und die „Münchener Post“ werden in kurzer Zeit folgen. Es stellt also eine Vera Kolonialer Prozesse bevor, der man schon mit Mühe auf ihre Beziehungen zur Politik mit Spannung folgen wird. Josto v. Puttkamer steht unter der

### Anlage der Passfälschung

und der Begünstigung der westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft „Victoria“. Die vor längerer Zeit abgeschlossene Voruntersuchung, in deren Verlauf sich umfangreiche Zeugenvernehmungen in Kamerun notwendig machten, hat bezüglich der Frage der Pass- fälschung ergeben, daß Herr v. Puttkamer seiner früheren „Freundin“ einen falschen Reisepaß unter dem Namen einer Frein von Eardstein ausgestellt hat. Seine Behauptung, daß er selbst im Irrtum über ihre Persönlichkeit sich befunden habe, muß als widerlegt gelten. Denn wie in der Vor- untersuchung festgestellt wurde, hat Herr v. Puttkamer jene Dame, die heute mit einem Herrn v. Gernar verheiratet ist, im Jahre 1896 als Fräulein Ede im Pensionat von Janide in der Dorowstr. in Berlin kennen gelernt. Er wußte auch, daß sie damals zur Bühne gehen wollte und unter dem Namen Ehardt öffentlich aufzutreten gedachte. Diese Tatsache geht u. a. daraus deutlich hervor, daß Fräulein Ede, als sie von Kamerun nach Berlin zu- rückgekehrt war, und als die Polizei von ihr sowie von ihrem schwarzen Diener Hasjan ein Abzugsattest aus Kamerun verlangte, an Herrn v. Puttkamer einen Brief schrieb, in dem sie um jenes Papier bat. Umgeben wurde der Herr Gouverneur das Abzugs- attest aus Kamerun nach Berlin; es war ausgestellt auf den Namen „Marie Ede (Ehardt)“. Nun aber befindet sich bei den Dis- ziplinarkatten des Herrn v. Puttkamer ein Brief, in dem Frau v. Gernar Herrn v. Puttkamer zugibt, daß sie sich ihm gegenüber als eine Frein von Eardstein ausgegeben hatte. Mit diesem Schriftstück hat es seine eigne Bewandnis. Es war

### bestellte Arbeit

des Herrn v. Puttkamer. Kurze Zeit, nachdem die Passfälsche zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht worden war, hat nämlich Herr v. Puttkamer seine Freundin, ihm schriftlich einzu- gestehen, daß sie sich von Eardstein genannt habe. Er fügte hinzu, daß er diesen Brief nur privatim gebrauchen wolle, um ihn an höhere Stelle zu zeigen; dann würde die ganze Sache über- haupt erledigt sein und von einem Disziplinerverfahren Abstand genommen werden. Frau v. Gernar trug kein Bedenken, ihrem Freunde diesen Gefallen zu erweisen, und jener Brief befindet sich bei den Akten. In der Verhandlung wird auch zur Sprache kommen, daß Herr v. Puttkamer, wie öfter, so eines Tages, als das deutsche Kriegsschiff „Gahny“ nach Kamerun kam, v. Puttkamer die Offiziere des Kriegsschiffes zu einem Festmahl ins Gouvernementsgebäude lud und bei diesem Mahl dem Komman- danten des Kriegsschiffes die angeblische Frau v. Eardstein als Tischdame ausgegeben hat.

### Was den Teil der Anlage anlangt, der die

### Begünstigung

betrifft, so ist in der Voruntersuchung festgestellt worden, daß Herr v. Puttkamer tatsächlich sich im Besitze von „Ehrenanteils- schein“ verschiedener Kameruner Gesellschaften befand. Diese Ehrenanteilscheine haben nichts voraus gegenüber anderen auf einen Anteil am Gewinn ausgestellten Scheinen. Nur einen Vor- zug haben sie, sie kosten dem Eigentümer nichts, sie sind ein Geschenk!

### Puttkamer ist sehr siegesicher.

Bezüglich der Passfälschung vertritt er auf die volle „Auf- klärung“, die der Prozeß bringen wird, und in bezug auf die Be- günstigung hat er erklärt, daß er niemals in irgendwelcher Form Ehrenanteilscheine oder Anteilscheine von Kameruner Gesellschaften erhalten habe oder bei diesen unter irgend einem Vorwande auch nur im geringsten beteiligt gewesen sei. Die Vernehmung der Vorstände und Beamten aller Kameruner Gesellschaften würde die Galtlosigkeit der Beschuldigungen ergeben.

Den Vorsitz in der Verhandlung, die übrigens in voller Öffentlichkeit durchgeführt werden soll, wird Landgerichts- präsident Dr. Ehrenberg, der gleichzeitig Präsident der kaiser- lichen Disziplinarkammer ist, führen. Die Anlage vertritt Kammergerichtsrat Sträßler, der auch die Untersuchung geleitet hat. Josto von Puttkamer, ein Reife des Fürsten von Bismarck, wird vom Justizrat Dr. Sello-Werlin verteidigt.

Taubennester ungezeigert, 15 J. verlauf. Lemsdorf, Teichstr. 21.

Kinderwagen m. Gummirädern z. Verkauf. Lemsdorf, Teichstr. 21.

Lemsdorf.

Eine Wohnung sof. od. z. 1. Juli z. verm. Wangleberstraße 6, 2 Tr.

Burg.

Morgen Donnerstag:

Frische Wurst.

Sonabend: 4100

Feine Knoblauchwurst.

Karl Scherf, Zerkster Straße 22.

Volkverein

(filiale Ashersleben).

Donnerstag den 25. April,

abends 8 Uhr, in Wilkes Lokal

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht und Abschluß über das verfloßene Geschäftsjahr.

2. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

4098

Stimmliches Erscheinen der Mit- glieder ist erwünscht.

Der Vorstand.

### Kammerfrau und Prinzessin.

Der „Fall Milewska“, der nun schon sieben Jahre durch die deutsche Presse geht, soll nun endlich vor der I. Strafkammer des Landgerichts Berlin II seinen gerichtlichen Abschluß finden. Wegen Diebstahls hat sich zu verantworten Fräulein Anna Milewska, die Tochter eines Regimentsarztes aus Warschau, von Frau Schreiberin und später Kammerfrau und händliche Geschäftlerin der Herzogin Amalie von Schleswig-Holstein. Fräulein Milewska wurde 1874 geboren, trat 1898 bei der Herzogin Amalie zunächst als Kammerfrau ein und wurde später zur Geschäftlerin der Herzogin erhoben. Sie begleitete die Herzogin auf fast allen Reisen und gelangte mit ihr im Februar 1901 nach Cairo. Die Verwandten der Prinzessin waren mit Fräulein Milewska jedoch nicht zufrieden, da nach ihren Wahrnehmungen sich zwischen der Geschäftlerin und der Prinzessin ein sehr intimer Verkehr entwickelte und die Prinzessin ganz unter den Einfluß des Fräulein Milewska zu geraten drohte. Das Bestreben ging deshalb dahin, die Prinzessin Amalie von dem Fräulein Milewska zu trennen, und in Ausführung dieses Vorhabens gingen

### höchst merkwürdige Vorgänge in Kairo

vor sich, über die man sich auch heute noch nicht recht klar geworden ist: Fräulein Milewska, die mit der Prinzessin Amalie zusammen in Kairo im Savoy-Hotel Zimmer zum täglichen Mietpreise von 500 Mark bewohnte, wurde eines Tages von zwei Arabern in den Straßen Kairo's abgeführt und in einen bereitstehenden Wagen geschoben, der sie in ein Haus der weit draußen liegenden Wüste führte. Dort erschien bald der Kammerherr des Herzogs Ernst Günther, Herr v. Blumenthal, bei ihr und erklärte, sie müsse so schnell als möglich nach Deutschland reisen, da sie sich schwer an der Lante der deutschen Kaiserin vergangen habe. Fräulein Milewska hat, ihr doch wenigstens zu sagen, was sie verbrochen habe, es wurde ihr aber die Antwort zuteil, daß sie das in Deutschland durch den Herzog Ernst Günther erfahren werde. Es wurde ihr sodann ein Schriftstück zum Unterscheiden vorgelegt, in dem sie sich verpflichten sollte, in Zukunft mit der Prinzessin Amalie zu lassen. Nachdem Fräulein Milewska 4 Tage lang in Gewahrsam gehalten worden war, wurde sie nach Port Said transportiert, wo sie in einem eleganten Zimmer eingeschlossen wurde. Vor den Fenstern

### zwei Soldaten mit geladenem Gewehr

auf und ab. Von hier wurde sie schließlich nach Deutschland über- geführt. Hier erfuhr sie, daß ihr zur Last gelegt wird, die Prinzessin Amalie bestohlen zu haben. Unter ihren Sachen befanden sich nämlich zahlreiche Schmuckgegenstände, die der Prinzessin Amalie ge- hört haben sollen.

Die Anklage wegen dieses Diebstahls wurde bereits vor vier Jahren erhoben. Der Termin endete nach umfangreicher Ver- handlung mit der Vertagung, der Gerichtshof beschloß jedoch, die An- geklagte wegen Furchtverdachts in Untersuchungshaft zu nehmen.

Auf Grund eines amtlichen Zeugnisses wurde Angeklagte bald wieder aus der Haft entlassen. Zwei andere Termine verliefen gleich- falls der Vertagung. Am 13. Februar 1906 war wieder einmal Termin angesetzt. Auch in diesem kam die eigenartige Affäre nicht zum Ab- schluß, denn die Angeklagte lehnte damals den ganzen Gerichts- hof als besangenen ab. Der Ablehnungsantrag wurde aber als unbegründet zurückgewiesen, nachdem die Mitglieder des Gerichts ver- sichert hatten, daß sie weder mit dem Herzog Ernst Günther, noch mit sonst jemand über die Affäre gesprochen hätten. Ein vor einiger Zeit angesetzt Termin wurde aus unbekanntem Grunde vertagt. Inzwischen haben sich im Anschluß an diese Affäre die verschiedensten gerichtlichen Akte abgepielt. Herzog Ernst Günther ist, nachdem der preussische Landtag die sogenannte „Der Günther“ angenommen hatte, in seinem Schlosse Priemkau über die Angelegenheit als Zeuge kommissarisch vernommen worden. Gegen die Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein frengte Fräulein Milewska eine Verleumdungsklage an, weil sich diese in einem zu den Akten gekommenen Briefe in be- leidigender Weise über sie geäußert habe. Diese Verleumdungsklage endete mit der Zurücknahme, nachdem Prinzessin Henriette eine bestreidende Erklärung abgegeben hatte. Ein von Fräulein Milewska gegen den Kammerherrn v. Blumenthal angebrachter Verleumdungs- prozeß verliert im Sande. Wegen ihres Ansporns auf 50 000 Mark und Herausgabe der beschlagnahmten 17 000 Mark hatte Fräulein Milewska gegen den Nachlasspfleger der Prinzessin einen Zwangsprozeß angestrengt, der vor kurzem durch Vergleich erledigt wurde. Gegen die ägyptische Regierung endlich hat Rechtsanwalt Gräfe für Fräulein Milewska bei dem internationalen Gerichtshof in Kairo eine Klage wegen Verletzung des Völkerrichts angestrengt. Diese Klage ist noch nicht entfallen.

### Vereins-Kalender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Sektion der Modellsticker und aller in Maschinenfabriken beschäftigten Holzarbeiter tagt am Mit- twoch den 24. April, abends 8 Uhr, im „Thalia“-Saal in Budau.

Arb.-Radfahrerverband Solidarität Magdeburg. Vereins- a-bende: Abt. Wilhelmstadt („Luisenpark“) Mittwoch; Abt. Budau („Thalia“) Donnerstag; Abt. Subenburg („Berliner Bierhalle“) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt („Weißer Hirsch“) Freitag; Abt. Alte Neustadt („Krone“) Mittwoch. — Sonntag den 28. d. Ms. Vereinsstour. Treffpunkt mittags 1 1/2 Uhr „Weißer Hirsch“, Neue Neustadt. Richtung Wolmirstedt-Kolbitz. Laternen mitnehmen. 742

Groß-Otterleben, Bennedebek. Arbeiter-Radfahrer- verein. Ungerordentliche Generalversammlung am Donnerstag den 25. April, abends 9 Uhr, bei Witwe Hoppe in Bennedebek. 744

Burg. Erster Bürger-Rundharmonikaklub Gabelweil. Jeden Mittwoch abend 8 Uhr Übungsstunde im Restaurant „Zum Hagen“. 459

## Drei billige Tage!!!

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

3997

### Zu ganz kolossal billigen Preisen

Wash-Muffeline Meter 43, 35, 18 Pf.

Woll-Muffeline Meter 110, 88, 48 Pf.

Inletts, rot-rosa gestreift, Meter 75, 60, 51 Pf.

Damen-Konfektion zur Hälfte des bisherigen Preises.

ca. 200 Pfund Bettfedern gute staubfreie weiße Wase Pfund 2.25

Ein großer Posten Teppiche 18.00, 12.00, 6.00

Ein großer Posten Damenwäsche etwas angeschwärtzt, zur Hälfte des bisherigen Preises.

Albert Gottschalk Inhaber: J. Fließ Buckau



Durch fünf Revolvergeschosse tödlich verwundet. Einer der Täter, der vom Polizeimeister verfolgt wurde, erschoss sich, und ein zweiter, der von einem Schuhmann verfolgt wurde, schloß die eine Wunde, die aber nicht explodierte. Als der Schuhmann den Täter weiter verfolgte, wurde er von diesem getötet; der Täter entkam.

**Sb. Petersburg, 23. April.** Der Verfasser des Dramas „Der Gott der Rache“, Mich. wurde, weil er Jude ist und folche kein Recht auf Aufenthalt in Petersburg besitzen, vom Stadthauptmann ausgewiesen.

**Sb. Riga, 23. April.** Das hiesige Kriegsgericht verurteilte fünf Revolutionäre zum Tode durch den Strang. Fünf weitere wurden zu schwerer Zwangsarbeit verurteilt.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 23. April 1907.

### Die „Christpredigt“ vor dem Reichsgericht.

Wegen Anreizung verschiedener Bevölkerungs-Klassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander ist am 30. November vorigen Jahres vom Landgericht Magdeburg Genosse Ernst Wittmann zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden, nachdem ein früheres freisprechendes Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden war. Inkriminiert war ein am 24. Dezember 1905 erschienener Artikel mit der Ueberschrift „Christpredigt“. Nach Ansicht des Gerichtshofs werden darin die vermeintlich beschlossenen Klassen den Befehlenden gegenübergestellt und zu Gewalttätigkeiten gegen diese angeleitet. Die Sätze des Artikels seien allerdings so gehalten, daß sie in harmloser Weise ausgelegt werden können, aber der Artikel spreche von Weihnachtskugeln, die zum Sturm läuten, weise auf die Wahlrechtskämpfe und die Kämpfe in Rußland hin und sei geeignet, bei „unorganisierten“ Lesern der „Volksstimme“ die Auffassung zu erzeugen, daß für den politischen Kampf dieselben Waffen wie in der russischen Revolution empfohlen würden. Besonders der Hinweis auf die Kämpfe in Finnland und Polen lasse doch die Auffassung zu, daß gewaltsame Ausschreitungen und körperliche Gewalt empfohlen sollte. — Die Revision des Angeklagten, der auszuführen suchte, daß zu Unrecht die Wähler in den unteren Wählerklassen als die angezeigte Bevölkerungsklasse angesehen worden seien, wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

### Zum Streit der Klempner und Installateure.

Heute ist auch die Antwort der Klempnerinnung eingegangen. Während die Antwort des Arbeitgeberverbandes im Installationsgewerbe, wenn auch in unglücklicher und verletzender Weise, den Versuch machte, die Ablehnung des Tarifs zu begründen, erklärt die Klempnerinnung folgendes:

An die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hier. Auf das uns unterm 15. d. M. überlieferte Schreiben nebst Tarifentwurf erwidern wir Ihnen im Auftrage der gestrigen Innungsversammlung, daß wir jegliche Verhandlung mit dem Metallarbeiter-Verband ablehnen müssen, da die gesetzliche Vertretung unserer gesamten Gesellenchaft der Gesellenchaft ist.

Hochachtung  
J. A. Ditto Schulze, Schriftführer.

Es ist wirklich tödlich, zu hören, daß die Innung auch noch einen Gesellenanschluß anerkennt. Bisher ist diese „gesetzliche“ Vertretung der Gesellenchaft rücksichtslos beiseite geschoben und ausgeschaltet worden und jetzt bezichtigt dieser natürlich auf die Gnade, „anerkannt“ zu werden. So wie die Klempnermeister und Installationsarbeitgeber ihre Organisation mit ihrer Vertretung betraut und sich sogar zu Konventionen verpflichten — übrigens ein Vorgehen, das ungesetzlich ist —, sich weiter ehrenrührig verpflichten, keine selbständigen Unterhandlungen mit den Gesellen zu pflegen, geschieht das selbstverständlich auch seitens der Gesellen. Das muß und wird jeder anständige Mensch einsehen.

Die „Magdeburgerische Zeitung“ bringt heute die folgende Zuschrift:

Von der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ging den hiesigen Innungen der Klempner- sowie Installationsgewerbe ein neuer Tarifentwurf zu, der Sonntag den 14. April d. J. in einer Gesellenversammlung feierlich angenommen worden ist. Es wurde eine Antwort bis zum Sonnabend den 20. d. M. verlangt. Die Forderungen sind vom 1. Mai d. J. ab folgende:

Neunkündige Arbeitszeit bei einem Mindeststundenlohn von 60 Pfennig und vom 1. April 1908 ab von 65 Pfennig für Gehilfen. An Sonnabenden 8 und an den Tagen vor Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten 7 Arbeitsstunden, jedoch bei voller Zahlung für 9 Stunden. Überstunden mit 25 Prozent, Nacht- sowie Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag. Hilfsarbeiter 41 bis 45 Pfennig, vom 1. Mai 1908 ab 46 bis 50 Pfennig Stundenlohn. Reinigen von Klosetts, Abflusseinrichtungen usw. 50 Prozent Lohnzuschlag. Auswärtige Arbeiten mit Übernachtung 3 Mark, eventuell höherer Zuschlag für den Tag. Wegekosten sowie Eisenbahnfahrten mit vollem Lohn und zugleich noch Überstundenzuschlag.

Daß diese Forderungen seitens der Arbeitgeber bewilligt werden können, ist vollständig ausgeschlossen. Demzufolge ist, wie im Abendblatt bereits berichtet, gestern die Arbeit von den Gehilfen niedergelegt worden.

Dazu ist zu bemerken, daß der Schreiber dieser Zuschrift ein Heiner Jesuit ist, denn er hat vergessen, daß für Gesellen unter 21 Jahren niedrigere Löhne (50 und 55 Pfg.) verlangt werden; er hat ferner vergessen, daß für Wegekosten usw. nur dann Überstundenzuschlag bezahlt werden soll, wenn diese außerhalb der Arbeitszeit fallen. Wenn die Zuschrift meint, die Bewilligung solcher Forderungen sei ausgeschlossen, dann wollen wir in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit beweisen, daß in einer ganzen Zahl von Städten, vor allem aber in sämtlichen Großstädten seit Jahren Tarifverträge bestehen, und zwar mit den gleichen und noch günstigeren Bestimmungen, als in dem hier eingereichten Entwurf. Bemerkten wollen wir noch, daß das Schreiben der Klempnerinnung das Datum des 20. April trägt, im Bureau des Verbandes aber erst am 22. April nachmittags abgegeben wurde. Heute Dienstag morgen ist noch eine weitere Anzahl Klempner in den Ausstand getreten. Morgen werden wir darüber genaue Zahlen angeben; heute sei mitgeteilt, daß auch in dieser Beziehung die bürgerliche Presse falsche Berichte gebracht hat mit der Angabe, daß nur 100 Mann die Arbeit niedergelegt haben.

### Auf die Bezielsversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins, die heute, Dienstag, abend für Magdeburg-Nord bei Böhme, Al. Kosterstraße 15/16, Magdeburg-Süd bei Büchtemann, Knochenhauerstraße 27/28, Neue Neustadt im „Weißen Hirs“, Alte Neustadt in der „Krone“, Sudenburg in der „Rechtler Bierhalle“, Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Friedrichstadt und Werder im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 33, stattfinden, sei nochmals besonders aufmerksam gemacht. In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten, außerdem wird Stellung zu der Ratifizierung genommen. Da auch noch andre wichtige Punkte zu erörtern sind, ist zahlreicher Besuch erforderlich.

— Von der Kochkunst-Ausstellung. Am Montag nachmittags um 4 1/2 Uhr fand im „Hoflager“ Garten die erste sogenannte Militär-Massenfeier, veranstaltet von der Woggi-Gesellschaft, statt. Die hieran teilnehmenden Soldaten, ungefähr 250 an der Zahl, erhielten je einen „Gag“-Erbsenpudding nebst einem Paar Würstchen. Eine

ganze Stunde lang, um die Massenfeier auszuführen zu können. Noch besser als die Erbsenpudding schienen den Vaterlandsverteidigern das von einer hiesigen Brauerei gespendete Bier und die vom Ausstellungs-Ausschuß verabfolgte Zigarren zu schmecken. Nach dieser Uebung war es den Marschierenden gestattet, auch das Innere der Ausstellung zu besichtigen, wobei von vielen hiesigen Besichtigungen über die Leiden verlassene „Tafel“ und der Tafel einer Furchtlosigkeit angefaßt wurden. Unter den Soldaten war nämlich die Ansicht verbreitet, daß sie die dort ausgelegten geistigen Genußmittel nach Präzedenzfall, die gestellten Tischhänge, Leinwand und sonstige Lederarbeiten mit möglichster Schnelligkeit verpacken und sie dadurch vor dem Verderben schützen sollten. Es kam aber anders! Die zur zweiten Massenfeier beordneten Mannschaften werden mit so hochgepaunten Erwartungen sicher nicht mehr anrücken. Zu bedauern ist, daß in der Abtheilung II, die eigentlich ein Bild über Volksernährung und Armeeverpflegung geben sollte, so überaus wenig ausgestellt ist. Die Gaseträgerischen Raststätten, die überaus reichhaltigen Bäckerei- und sonstigen Fleischwaren eignen sich zwar zu einer rationellen Volksernährung ganz vorzüglich, nur müßte dem Volke auch vor Augen geführt werden, wie die Preise dafür bei einem Tagesverdienst von 2,50 bis 3 und 4 Mark erschwänglich sind. Dies ist von der Ausstellung verkannt worden. Daneben vermisten auch viel Hausfrauen etwas Neues auf dem Gebiete einer guten bürgerlichen Küche. Hier scheint aber die Kunst der Kochkunst verjagt zu haben. Der Besuch der Ausstellung ist andauernd ein guter. Von heute an beträgt der Eintrittspreis pro Person 50 Pfg.

— Für Steuerzahler. Die für den Gemeindebezirk Magdeburg aufgestellte Gewerbesteuerrolle für das Steuerjahr vom 1. April 1907 bis Ende März 1908 liegt in der Zeit vom 28. April bis einschließlich den 4. Mai cr. während der Dienststunden im Gewerbesteuerbureau, Spiegelstraße 1/2 — Zimmer 5 — zur Einsicht der Steuerpflichtigen des Bezugsbestandes aus.

— Der Ausschuss für Förderung der Ferienwanderungen hielt am Freitag abend im City-Hotel eine Sitzung ab. Herr Kurinspektor Dankwort berichtete über den bisherigen Erfolg der Tätigkeit des Ausschusses. Im Laufe des vergangenen Jahres sind 87 (1 Halbtages-, 32 Tages- und 14 mehrtägige) Wanderungen unternommen worden. Von den 14 mehrtägigen Touren entfallen neun auf die Sommer- und fünf auf die Herbstferien. Die Wanderziele der kürzeren Touren hat die nähere Umgebung Magdeburgs. Für die mehrtägigen Touren hatte Herr Lehrer Schröder auf Grund seiner Erfahrungen auf Wanderungen mit Schülern der Sudenburger Bürgerknabenschule folgende Reisepläne für mehrtägige Touren zusammengestellt: I. Die Lehrtage: 1. Tag: Dampferfahrt bis Langenmünde, Wanderung nach Gr.-Riederitz. 2. Tag: Riederitz-Lehlingen. 3. Tag: Lehlingen bis Neuhaldensleben. II. Neuhaldensleben-Gallersdorf: 1. Tag: Neuhaldensleben-Flechtingen. 2. Tag: Flechtingen-Lappwald bis Helmstedt. 3. Tag: Helmstedt-Gim-Schöppenstedt. 4. Tag: Schöppenstedt-Dingelstedt-Huy-Gallersdorf. III. Der See: 1. Tag: Thale-Mübeland. 2. Tag: Mübeland-Brodow-Mübenburg. 3. Tag: Mübenburg-Oberstedt-Altenau. 4. Tag: Altenau-Goslar. IV. Der Pfanning: 1. Tag: Loburg-Gruppenübungsplatz-Wiesenburg. 2. Tag: Wiesenburg-Brandtsheide-Neubühnenhütten. 3. Tag: Neubühnenhütten-Wörlitz. 4. Tag: Wörlitz-Deffau. Es wurde beschlossen, diese Touren für den kommenden Sommer und Herbst beizubehalten. In neuen Touren wird Herr Schröder noch eine viertägige Wanderung durch die Südhöhe bis zum Kyffhäuser zusammenstellen und eine solche von gleicher Dauer von Loburg durch den Finster bis zur Habel. Den Abschluß dieser Tour bildet eine Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Schönhausen. Die Kosten der viertägigen Gruppenwanderung betragen für Bahnfahrt, warmes Abendbrot, Nachtlager und Morgentasse 10 Mark (ausschließlich Taschengeld), für die übrigen Touren 6 bis 7 Mark. Die Mittel werden zur größten Teil durch die Sparsamkeit der Kinder zusammengebracht. In vielen Schulen sind schon seit dem vergangenen Herbst gespart. Manche Schüler haben schon jetzt 6 bis 7 Mark zusammen. An einzelnen Schulen beträgt die Gesamterparnis bis jetzt über 150 Mark. Nicht jeder Sparter wird aber den vollen Betrag zusammenbringen können. Fleißigen und würdigen Schülern, deren Eltern nicht in der Lage sind, die Kosten der Wanderung zu erbringen, gibt der Ausschuss eine Reiseunterstützung. Im vergangenen Jahre wurden 8, 5 und 10 Mark gewährt. Mittel hierzu stehen dem Ausschuss noch nicht allzu reichlich zu Gebote. In dankenswerter Weise hat der Ortsabteilverein Magdeburg dem Ausschuss für den kommenden Sommer 200 Mark zur Verfügung gestellt. Der Handwerkermeisterverein Sudenburg hat der Wanderkasse 10 Mark zugewendet. Hoffentlich folgen noch andre Vereine, denen das Wohl unserer Jugend am Herzen liegt, diesem Beispiel. Beträge nimmt der Kassierer des Ausschusses, Herr Hofbuchhändler Julius Neumann, entgegen. Der Magistrat hat 500 Mark zur Entschädigung für persönliche Ausgaben der Führer der Wanderungen in den Etat eingestellt. Auf Vorschlag des Herrn Stadtschulrats Dr. Franke wird die städtische Schuldeputation eine Umfrage an sämtliche städtische Bürger- und Volksschulen richten, um festzustellen, von welchen Schulen im kommenden Sommer oder Herbst Wanderungen unternommen werden, und wie groß die Zahl der Teilnehmer sein wird. Eine kleinere Kommission des Ausschusses wird dann die Reiseunterstützungen zu verteilen, daß auch für die Herbstwanderungen Mittel zur Verfügung bleiben. Die nächste Zusammenkunft findet Mitte Juni statt. Herr Schröder hat es übernommen, bis dahin Reisepläne zusammenzustellen und mit den Wirten wegen des Nachtlagers und der Verpflegung zu unterhandeln.

— „Gib dich man keine Mühe!“ Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Warenzeichen wurde dieser Tage vor dem ersten Strafhammer des Braunschweiger Landgerichts gegen den Kaufmann Heinrich Viktorius in Braunschweig verhandelt. Im Mai v. J. ersthebt die Geschäftsankündigungen, denen ein Klischee beigebracht war, einen Mann darstellend, dem ein Hund in die Hufe bis, dabei stand: „Gib dich keine Mühe, die kriegt du nicht entzwei, die ist von Heinrich Viktorius.“ Jenes Zeichen, das Viktorius nach seiner Behauptung bereits 1890 bemerkt hat, hat später der Kaufmann Ehrenfried Finke in Magdeburg für sich in die Marktschuldenrolle eintragen lassen. Mit der jetzigen Anklage hatte sich im vorigen Sommer bereits die Ferienstrafkammer zu befassen, deren Urteil auf Freisprechung lautete, weil nicht angenommen wurde, daß der Angeklagte im Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehandelt habe. Von Nebenklager Finke wurde dagegen Revision eingelegt, und vom Reichsgericht ist daraufhin das frühere Urteil aufgehoben worden. Viktorius behauptete auch im neuen Termin wieder, er habe das Klischee ganz allgemein in Gebrauch befindlich gewesene Warenzeichen auf Grund seiner festen Ueberzeugung benutzt, daß er dazu berechtigt sei. Der Gerichtshof gelangte diesmal zur Beurteilung des Angeklagten und erkannte auf 150 Mark Geldstrafe. Dem Nebenklager Finke wurde die Befugnis eingeräumt, den verfallenden Teil des Urteils auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

— Körperliche Mißhandlungen als Wehrmittel. Der Vater des Kellerlehrlings Große klagte vor dem hiesigen Gewerbegericht gegen den Restaurateur Fräbörz wegen Auflösung des Wehrmittels. Durch die Anklage, deren Angaben vom Vertreter des Beklagten gar nicht bestritten wurden, wurde dargelegt, daß der Sohn des Klägers, der seit 1906 in der Lehre war, zwar nicht vom Wehrmittel, wohl aber von dessen Oberleiter in geradezu unmenslicher Weise geprügelt und mit Fußstrikten mißhandelt worden ist; doch haben sich an den Mißhandlungen auch die Ehefrau des Beklagten und selbst der Portier beteiligt, so daß Kläger seinen Sohn aus der Lehre nehmen mußte. Kläger, der auswärtig wohnt, ist erst durch seine Tochter auf die unmensliche Behandlung seines Sohnes aufmerksam gemacht worden, sonst hätte dessen Martyrium noch bis zur Beendigung der Lehre gedauert. Kläger beantragte auch den Ersatz des ihm entstandenen Schadens. Das Gericht sah die Auflösung des Wehrmittels dadurch als erledigt an, daß Beklagter inzwischen die dem Begehr gebührenden Sachen und Papiere herausgegeben hat; es verurteilte den Restaurateur aber dem Kläger gemäß zur Zahlung der

Verlustkosten und zur Zahlung einer Summe von 12,12 Mark an den Kläger für Fahrgeld und Zeitverlust.

— Geschaft. Der im vergangenen Jahre von seinem Truppenchef in Rathenow fahnenflüchtig gewordene Major Fritz Niemann aus Leipzig-Mühlberg, der fleißigste Verfolger wurde, ist hier festgenommen und dem Garnison-Gefängnis zugeführt worden. Niemann hatte hier unter falschem Namen bei einer ausländischen Musikkapelle angeheuert.

— Wilhelm-Theater. Am Sonnabend dieser Woche hat die beste Tenor unserer Operettenszene Herr Eduard Kohn einen glänzenden Schieds-Chrenabend; zur Aufführung kommt zum erstenmal in dieser Spielzeit Offenbachs „Schöne Helena“, worin Herr Kohn die Partie des Paris spielt. In der Vorstellung am Mittwoch von „Lust und eine Nacht“ wird sich bereits die ebenso beliebte Sonettistin Frau Laura Bernauer von uns verabschieden. Am Donnerstag ist eine Wiederholung von Behars „Hofmeister“. Da die letzte Vorstellung dieser Operette ein beinahe ausverkauftes Haus zeigte, so wollen wir sehr gern Befehlungen aufgeben. Duzendbillets haben zu dieser Vorstellung Gültigkeit.

— Die Ringkämpfe im Circus. Am Dienstag abend wird Konigle, Meisteringer von Europa, seltener Magdeburger Fremdwortmann, seine Kräfte an Hausen-Dänemark erproben, seiner noch gegen einen durch das Los bestimmten Ringer kämpfen. Interessant verspricht der Entscheidungskampf Robert Raicevic gegen Stalling-Bremen zu werden, der notwendig werden nach dem als unentschieden abgebrochenen Kampfe am vorgestrigen Tage. Es ringen noch Starke, Meisteringer von Hamburg, gegen Feigenhauer-Berlin, Sabatier, der gestrichelte Franzose, gegen Degentols-Halle. Auch wird außerdem Salmann, genannt der Löwe von Sardinien, seine Kräfte zeigen. Die Resultate des gestrigen Tages waren folgende: Der Weltmeisteringer im Leichtgewicht Robert Raicevic siegte in 6 Minuten über Hiskmann-Wesfalen. Der Kampf Hitzler, Meisteringer im Schwergewicht, gegen Sabatier wurde als unentschieden abgebrochen. Den Beschluß machten Stalling-Bremen und Hansen-Dänemark. In 23 Minuten wurde der Däne besiegt. Dem Franzosen Jordan le Doucher ist auf seine wiederholte Bitte hin vom Schiedsgericht eine Resignationsbewilligung worden, und so wird der Kampf zwischen ihm und dem Weltmeisteringer Raicevic voraussichtlich schon am Mittwoch aufs neue entbrennen.

— Einweiss. Für unser Leser in Sudenburg und Groß-Altensleben liegt ein Prospekt von Ernst Käbel, Sudenburg, Halberstädter Straße 40, bei, auf den wir hiermit hinweisen.

## Letzte Nachrichten.

\* Berlin, 23. April. Der Wirtschaftliche Ausschuss ist hier im Reichsamt des Innern zusammengetreten, um über den Abschluß eines provisorischen Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu beraten. Die Verhandlungen haben zu einer Verständigung über das Provisorium geführt.

Ab. Berlin, 23. April. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags teilte Kolonialdirektor Deubroy folgendes vom „Planet“ aus Japan eingegangenes, vom 18. d. M. datiertes Telegramm mit: Ein Taifun passierte Muffl. Auf der Inselgruppe wurde kein Mensch getötet oder verletzt. Die Kotospalmen sind zur Hälfte gestört und die übrigen stark beschädigt worden. Der Nahrungsmittelvorrat ist weggeschwunden. Die Eingebornen haben auf zwei Jahre keine Nahrungsmittel. Der „Planet“ landete gegen die drohende Hungersnot Reis und nahm 14 Eingeborne mit.

Sb. Frankfurt a. M., 23. April. (Eig. Drahtbericht der „Volksstimme“.) In dem Prozeß der Frankfurter sozialdemokratischen Parteileitung gegen die „Frankfurter Zeitung“ wurde der Redakteur der letzteren, Bülching, wegen Verleumdung des Parteisekretärs Dittmann zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ab. Paris, 23. April. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung der Hotelbedienten wurde der allgemeine Ausstand beschlossen.

Ab. Paris, 23. April. Nach Beendigung des Prozesses gegen die ehemalige Schauspielerin d'Almeida überfiel der nationalistische Journalist Gaucher den früheren Kabinettsdirektor und Gesandten Mergel, der ihm in seiner Jugendzeit beschuldigt hatte, die Verhaftung Mergel vor weiteren Mißhandlungen schützen. Die Schauspielerin, die vor einigen Monaten den früheren Finanzminister Merlou durch einen Revolverbeschuß leicht verwundet hat, wurde vom Schwurgericht freigesprochen.

Ab. London, 23. April. Unterhaus. In schriftlicher Beantwortung einer Anfrage teilte der Staatssekretär für Indien Morley mit, daß die Zahl der Todesfälle an Pest in Indien vom September 1896 bis 31. März 1907 rund 5 012 000 betrug. Die Zahl der Todesfälle war im Januar d. J. 58 433, im Februar 98 397 und im März 171 522. Die am meisten betroffenen Provinzen sind Punjab, Bengalen, Bombay und die benachbarten Provinzen von Agra und Oudh.

Sb. Stockholm, 23. April. Nach einem Rapport der höheren Marineoffiziere ist infolge sozialistischer Propaganda die Disziplin der Marine-Wehrpflichtigen verfallen und wird die Errichtung einer Strafbatterie vorgeschlagen.

Sb. Madrid, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Gesamtergebnis der Wahlen, das die neuen Blättermeldungen gebracht, stellt sich wie folgt: Gewählt sind 260 Ministerielle, 63 Senatoren, 5 Demokraten, 4 Unabhängige, 15 Karlisten, 5 Freigedankene, 50 Republikaner und Katalonier. Die Katalonier haben eine bedeutende Verstärkung erfahren.

Sb. London, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) In der vergangenen Nacht brach im Arsenal Feuer aus, das jetzt noch fortwähret. Der Schaden ist bereits groß. Der Marinepräsekt reiste sofort von Marseille nach London.

Ab. London, 23. April. Trotz aller Anstrengungen zur Bekämpfung des Brandes sind auf dem Arsenal mehrere Magazine und auch die Werkstat zur Ausbildung der Torpedo-Matrosen niedergebrannt. Kurze Zeit war auch das angrenzende Stadtviertel durch das Feuer bedroht. Gegen 20 Marinemannschaften wurden verletzt, darunter drei schwer. Die Ursache des Brandes ist vollständig noch unaufgeklärt.

Sb. London, 23. April. 12 000 Arbeiter des Zeughauses in Woolwich begaben sich gestern in geschlossenem Zuge nach dem Parlamentengebäude, um Einspruch gegen die Entlassung zahlreicher Arbeiter zu erheben. Die Kundgebung hatte bereits 13 Kilometer zurückgelegt, als kurz vor dem Parlamentsgebäude ein großes Polizeiaufgebot ihnen den Weg verlegte und die Arbeiter aufforderte, sich zurückzuziehen. Nach längerem Verhandlungen wurde schließlich einer Anordnung von 20 Arbeitern gestattet, ihren Weg zum Parlament fortzusetzen. Dort wurden sie von Campbell-Bannerman empfangen, welchem sie den Grund ihrer Demonstration mitteilten. Der Ministerpräsident erklärte, er bedauere die notwendig gewordenen Maßnahmen, könne aber nichts daran ändern, da infolge der Finanzpolitik Englands die Klagen einiger Arbeiter die Finanzen des ganzen Landes zu belasten. Campbell-Bannerman versprach, zu dessen Befehl, um für die Arbeiter andre Beschäftigung zu finden.

Sb. London, 23. April. Gestern fand in der Guildhall eine große Kundgebung zugunsten der Antidominikanischen Pro-Land statt. Mehrere irische Abgeordnete, darunter der Führer der irischen Partei Redmond, wohnten der Versammlung bei und hielten Ansprachen. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Versammelten gegen die Unterdrückung Irlands Einspruch erheben und energig volle Autonomie Irlands fordern. Diese Resolution wurde der Regierung zur Kenntnis gebracht. Ähnliche Ereignisse sind nicht.

Burg

Burg

**S. & M.**  
**BURG**

Stammhaus gegründet 1862

**C**  
**S.R.M.**  
**&**  
**O**  
**H**  
**N**

**Crohn**

**Markt 31**

Stammhaus gegründet 1862

# Geschäfts-Eröffnung

## Mittwoch den 24. April abends 5 Uhr

4097

Unser Lager ist in allen Abteilungen aufs reichhaltigste sortiert, und sind wir durch gemeinschaftlichen Einkauf und Abschluß großer Posten, für alle von uns geführten Artikel mit zwölf unserer Firma liierten Geschäften in der Lage, Preise zu bieten, welche auch von Großstadtgeschäften nicht übertroffen werden können. Dies beweisen auch die außerordentlich vorteilhaften Preise in unsern Schaufenstern.

**5%** Rabatt

Rabatt **5%**

Wir gewähren  
außerdem auf sämtliche Waren

**einen Extra-Rabatt von 5 Prozent**

welcher in Rabattmarken verabfolgt wird. — Für ein  
volles Rabattbuch zahlen wir an unserer  
Kasse 10 Mark in bar

**in bar**

**in bar**

Vom Eröffnungstage an bis einschließlich Sonntag den 28. April erhält jeder Kunde beim Einkauf von 3 Mk. an ein Rabatt-Sparbuch inhaltlich 10 Rabattmarken und ein wertvolles Erinnerungsgeschenk extra gratis. Kinder erhalten außerdem noch ein für sie passendes Geschenk!

Strengstes Geschäftsprinzip für alle unsere Firmen ist:  
Nur gute, langjährig erprobte Qualitäten bei konkurrenzlos billigen Preisen zu führen.

**Ansicht ohne Kaufzwang gern gestattet.**

Alle Waren, welche bei uns gekauft sind und nicht gefallen, werden innerhalb 14 Tagen zurückgenommen oder das Geld an der Kasse zurückgezahlt.

**Schneiderinnen erhalten Extra-Rabatt!!**

Elegante Seiden-  
und Leinwandstoffe

Aperte  
Blusenstoffe

Die neuen Stoffe  
und Anfertigungen

Wollkleiderstoffe

Seiden- und  
Baumwollwaren

Damen-, Herren-  
und Kinderstoffe

Größe Auswahl  
Damen- und  
Kinder-Konfektion

Elegante Blusen  
Kopfmützen, Unterröcke

Spezialabteilung  
für eleganten Hut

Spezialabteilung  
für Kurzwaren

Elegante Gefäße und  
sämtliche Artikel  
zur Schneidererei

Exquisite, Gardinen  
Kissen, Kissenstoffe